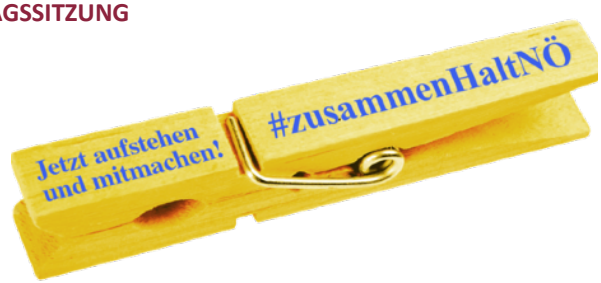
22 OKTOBER 2026 / LANDTAGSSITZUNG



Impressionen

aus der NÖ Landtagssitzung vom 22.10.2026

Berichte und Kommentare aus dem NÖ Landtag



#zusammenHaltNÖ is watching you …

Unter diesem Motto verfolgten auch diesmal wieder Beobachter*innen die Landtagssitzung – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Inhalt

Die Ausgabe auf einen Blick

Inhalt....2
Abstimmungen und Orientierung....3
Mitteilungen und parlamentarische Anfragen....4
Flugabgabe und Wirtschaftsstandort....5
Pensionen zwischen Kaufkraft und Reform....8
ARDO und die Zukunft des Marchfelds....14
Gemeindeverbände und kommunale Entlastung....17
Grundversorgung und Integration....19
Notarztversorgung und Gesundheitsplan....22
Frauengesundheit und spezialisierte Versorgung....25
Landesrechnungshof und öffentliche Kontrolle....28
Stromnetze und faire Ausbaukosten....29
FOTEC zwischen Forschung und Finanzierung....31
Berufsschulen und die Fachkräfte von morgen....33
Renaturierung und Hochwasservorsorge....36
Quellen und Bildnachweise....39

Abstimmungen und Orientierung

So haben die Fraktionen laut Vorlage abgestimmt

TO	Gegenstand	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
2	Flugabgabe abschaffen	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
5	Gemeindeverbandsgesetz ändern	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
6	Grundversorgung 2025 - Jahresbericht 2025	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
7	Sportbericht 2025	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Notarztversorgung · Ausschussantrag	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8a	SPÖ Abänderungsantrag zu TO 8	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
9	Frauengesundheit · Ausschussantrag	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Öffi Tag · ablehnender Ausschussantrag	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
11	Tätigkeit Landesrechnungshof 2025	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Stromverteilernetze	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	FOTEC - Rechnungshofbericht	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Berufsschulwesen - Rechnungshofbericht	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Gemeindewasserleitungsverband - Rechnungshofbericht	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Renaturierung · ablehnender Ausschuss-antrag	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja

Leseschlüssel

Ja und Nein beziehen sich auf den jeweils genannten Abstimmungsgegenstand.
Bei TO 10 und TO 16 wird über einen ablehnenden Ausschussantrag abgestimmt: Ein Ja unterstützt dort die Ablehnung des ursprünglichen Antrags.
Bei Berichten bedeutet Ja die Zustimmung zur Kenntnisnahme.

TO 01 / BERICHT UND EINORDNUNG

Mitteilungen und parlamentarische Anfragen

Zu Sitzungsbeginn werden Beschlussfähigkeit, Einlauf und weitere Mitteilungen behandelt. Der Bericht hebt Anfragen zu Gesundheitsplan, Pflege- und Betreuungsscheck, Rettungsdienstvertrag und Bodenfonds hervor; mehrere Antworten stehen laut Vorlage noch aus.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Keine inhaltliche Wortmeldung dokumentiert.
FPÖ	Keine inhaltliche Wortmeldung dokumentiert.
SPÖ	Keine inhaltliche Wortmeldung dokumentiert.
Grüne	Anfragen zu Rettungsdienstvertrag, Bodenfonds und an Landesrat Pernkopf.
NEOS	Anfragen zu offenen Fragen des Gesundheitsplans und zur Evaluierung des Pflege- und Betreuungsschecks.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 1: Mitteilungen

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mitteilung des Einlaufs (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)

sonstige Mitteilungen

Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen und Anfragebeantwortungen

🔶 Anfrage von Abg. Edith Kollermann/Neos an LRin Eva Prischl/SP betr. „Gesundheitsplan 2040+ – Welche Fragen sind offen, und wer beantwortet sie?“

🔷 Beantwortung ausstehend

🔶 Anfrage von Abg. Edith Kollermann/Neos an LRin Christiane Teschl-Hofmeister/VP betr. „Wirksamkeit, Treffsicherheit und Evaluierung des NÖ Pflege- und Betreuungsschecks“

🔷 Beantwortung ausstehend

🔶 Anfrage von Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne an LRin Eva Prischl betr. Rettungsdienstvertrag- Informationen rund um die Besorgung des Rettungsdienstes in Niederösterreich

🔷 Beantwortung

🔶 Anfrage von Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne an LR Sven Hergovich/SP betr. „NÖ Bodenfonds“

🔷 Beantwortung

🔶 Anfrage von Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne an LR Stephan Pernkopf/VP

🔷 Beantwortung ausstehend

TO 02 / BERICHT UND EINORDNUNG

Flugabgabe und Wirtschaftsstandort

ÖVP und FPÖ verlangen die ersatzlose Abschaffung der Flugabgabe. SPÖ und NEOS betonen die Bedeutung des Flughafens für Beschäftigung und Standort; die Grünen halten mit Klimaargumenten und Kritik an der Eigentümerstruktur dagegen. Der Antrag erhält laut Abstimmungsübersicht eine Mehrheit.



Flugzeug am Gate in Toronto; Symbolbild zur Standortdebatte. Foto: daviationphoto / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Abgabe abschaffen; nationale Sonderbelastung schade Wettbewerb und Arbeitsplätzen.
FPÖ	Abschaffung verlangt; Abwanderung zu Nachbarflughäfen und steigender Wettbewerbsdruck gefährdeten Beschäftigung.
SPÖ	Flughafen als Jobmotor und Wirtschaftsfaktor weiterentwickeln; Zustimmung laut Übersicht.
Grüne	Gegen Abschaffung; Mittel für Klimaschutz und öffentlichen Verkehr einsetzen, Eigentümerstruktur kritisch prüfen.
NEOS	Abschaffung oder deutliche Senkung; Entlastung soll Standort und internationale Verbindungen stärken.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 2: Dringlichkeitsantrag betreffend Abschaffung der standortschädlichen Flugabgabe – faire Wettbewerbsbedingungen für den Flughafen Wien-Schwechat und die heimische Wirtschaft

Link zum Dringlichkeitsantrag von VP und FP

Auszug aus dem Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung insbesondere an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten, dass die durch das Budgetbegleitgesetz 2011 eingeführte Flugabgabe unverzüglich und ersatzlos gestrichen wird, damit der Flughafen Wien-Schwechat auch weiterhin wettbewerbsfähig bleibt, Wertschöpfung generiert werden kann und Arbeitsplätze gesichert werden."

Für Abg. Dieter Dorner/FP müsse die wirtschaftsschädliche Steuer abgeschafft werden, denn sie beeinträchtige die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur des Flughafens, sondern der gesamten Region, wenn wie für 2026 prognostiziert um etwa zwei Millionen Passagiere weniger kämen. Bratislava würde keine Flugabgabe kassieren, folglich habe sich Wizz Air aus Wien komplett zurückgezogen und Ryanair reduziere seine Wiener Kapazitäten. Und Abg. Dorner zitiert LHF- Stellvertreter Landbauer, der diese Abgabe als Arbeitsbeschaffungsprogramm für Pressburg bezeichnet hat. Daher ortet der Abgeordnete dringenden Handlungsbedarf, denn mit dem Verlust von Beschäftigung gingen auch Steuereinnahmen verloren und so stelle sich die Standortfrage für den - laut Abg. Dorner - größten Arbeitgeber des Landes.

Der Flughafen Wien -Schwechat ist für Abg. Christoph Müller/Neos nicht nur das Tor zur Welt, sondern auch einer der größten Arbeitgeber der Region mit 5.000 Arbeitsplätzen. Und die hohen Gebühren würden dem Standort schaden, schließlich hingen etwa 240.000 Arbeitsplätze und 25 Mrd. € direkt oder indirekt von

der Luftfahrt ab. Für Abg. Müller ist „unser Tor zur Welt zu stark besteuert". Dadurch ergebe sich eine Abwanderung Richtung Slowakei bzw. Ungarn in dem Maße, dass Wien gegenüber dem Vorjahr gerade zwei Millionen Passagiere dorthin verlieren würde. Neben der Abwanderung von Wizz Air und der Reduktion von Ryanair findet Abg. Müller den Rückzug von Air India mit der Streichung des Direktflugs nach Delhi besonders gravierend. Immerhin handle es sich bei Indien um eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt mit 1,4 Mrd. Menschen. Seine Empfehlung wäre daher eine Senkung der Flugabgabe von derzeit 180 Mio. € auf die Hälfte, dann würden 80 Mio. € über die Umwegrentabilität wieder hereinkommen. Die Gegenfinanzierung im Budget könnte seiner Meinung nach ausgabenseitig erfolgen. Eine Abschaffung oder deutliche Senkung der Flugabgabe wäre für den Wirtschaftsstandort wichtig, damit Internationale Konzerne ihre Headquarters nicht nach Prag, Budapest oder Istanbul verlegen, meint der Neos-Abgeordnete.

Um von dem Versagen in der Causa „ARDO" abzulenken, müsse nach Meinung von Abg. Georg Ecker/Grüne nun die Flugabgabe für einen Dringlichkeitsantrag herhalten. Angesichts der Klimakrise und nach dem heißesten Sommer der Messgeschichte scheine bei ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos noch immer genügend Steuergeld für den Flugverkehr und die Flughafenaktionäre vorhanden zu sein, anstatt Maßnahmen gegen die Klimakrise zu setzen und mehr Geld für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs oder die Wissenschaft und Forschung zur Verfügung zu stellen. Für den Grün-Abgeordnete sei das Thema absurd, da es diese Flugabgabe seit 2011 gebe und der Flughafen Wien im Vorjahr dennoch die Rekordzahl von 32 Mio. Passagieren erreicht habe. Bratislava kratze an der 3 Mio. Grenze.

Der Kritik seines Vorredners kontert Abg. René Pfister/SP und streicht die wichtige Rolle der sehr wohl realisierten Infrastrukturprojekte als Jobmotor hervor und betont gleichzeitig die Bedeutung des Flughafens als Wirtschaftsfaktor. Schließlich würden laut Abg. Pfister rund 90.000 Arbeitsplätze direkt vom Flughafen abhängen. Es brauche daher kluge Entscheidungen, den Standort weiterzuentwickeln und somit auch Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Entwicklung der Passagierzahlen bis September 2026 – Wien minus 4,5 %, dafür in Bratislava eine Verdoppelung – sei für Abg. Hubert Keyl/FP ein Warnsignal. Verantwortungsvolle Politik dürfe dies nicht ignorieren. Der Finanzminister könne zwar Abgaben einheben, er könne aber nicht verhindern, dass die Menschen Preise vergleichen und bei Alternativen die wirtschaftliche Vernunft für **Abg. Keyl** nicht an der Staatsgrenze ende. Die Flugabgabe erscheine zwar gering, aber im Wettbewerb zähle jeder Cent und die Wettbewerbsfähigkeit sei vor allem auch für die am Flughafen Beschäftigten eine Frage der Zukunft. Nach Ansicht von Abg. Keyl müsse die Bundesregierung begreifen, den von den Bürgern erarbeiteten Wohlstand nicht einfach abschöpfen zu können. Und mit Hinweis auf eine eco-Sendung vom 8. Oktober 2026 und ein Interview in der Presse feuert Abg. Keyl eine Breitseite gegen Finanzminister Marterbauer. Befragt zur politischen Selbsteinschätzung, ob er sich als Linker sehe, habe dieser folgendes geantwortet: "Klarerweise bin ich links. Das ist der Fortschritt!" Und Abg. Keyl zieht weiter über den Finanzminister her, wenn er sagt: "Herr Marterbauer, eine linke Gesinnung ersetzt keine Wirtschaftspolitik!" Der FP-Abgeordnete erteilt dann noch Ratschläge, wie man mit öffentlichen Geldern umzugehen habe und wie man ein Budget saniert, ohne die Bürger*innen mit immer wieder neuen Abgaben zu belasten. Schließlich dürfe für die FPNÖ Reisefreiheit nicht davon abhängen, ob man sich staatliche Aufschläge leisten kann, auch Menschen mit gewöhnlichem Einkommen sollten sich Mobilität und Flugreisen leisten können.

#zusammenHaltNÖ meint dazu:
Ganz nach dem FP-Motto:"Freie Fahrt für freie Bürger!" - Möglichst zum Diskontpreis und ohne Rücksicht auf Klima und Umwelt

In eine ganz andere Kerbe schlägt der Redebeitrag von Abg. Helga Krismer-Huber. Die 170 Mio. € Flugabgabe pro Jahr seien ihrer Meinung nach nicht das große Problem für den Wirtschaftsraum. Schließlich würden von diesem Geld auch die Gemeinden mit 20 Mio. € profitieren. Die Abgeordnete will die wahren Probleme in der Eigentümerstruktur erkennen. Obwohl der Flughafen (Flughafen Wien AG) ja eigentlich kritische Infrastruktur darstellt, ist er einer der wenigen börsennotierten Flughafenbetriebe in Europa. Sie kritisiert daher heftig die seinerzeit bei der Privatisierung 1992 erfolgte lasche Erstellung der Satzungen durch SPÖ (Wien) und ÖVP (NÖ), welche es möglich machten, dass sich ein anonymer Großaktionär von den Cayman Inseln (Airports Group Europe Sarl - IFE) mit 44,3 % des Aktienkapitals breitmachen konnte. Die Grün-Abgeordnete verweist in diesem Zusammenhang auf den Flughafen Zürich in öffentlicher Hand, wo durch klare Satzungen Übernahmen durch Fonds unmöglich seien.

Für Abg. Christoph Kaufmann/VP gehe es um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Und auch wenn es sich bei der Flugabgabe um eine Bagatellsteuer handle, die kaum Lenkungseffekte habe, aber standortschädlich sei, müsse man aufgrund der großen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich darüber diskutieren. Diese nationale Sonderabgabe bewirke nur

eine Verteuerung und liefere den Wirtschaftsstandort Niederösterreich einem ungleichen Wettbewerb aus. Andere Länder hätten laut Abg. Kaufmann längst darauf verzichtet.

Das Bild von der Schädlichkeit der Flugabgabe für den Standort rückt Abg. Georg Ecker/Grüne zurecht, indem er einen Blick auf die realen Zahlen wirft. In den letzten zehn Jahren hätten die Flughäfen Bratislava und Brünn zusammen ein Plus von einer Million, von 1,76 auf 2,4 Millionen und Brünn von 418.000 auf 739.000 Passagiere verzeichnet. Wien dagegen verzeichnete im selben Zeitraum eine Zunahme um neun Millionen (trotz Flugabgabe seit 2011 / Anm.#zH!). In der Abschaffung dieser Flugabgabe sehe Abg. Ecker daher nur „ein Körberlgeld für Ryanair und die Cayman Islands".

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ:
Die Flugabgabe (€ 12,- bzw. € 30,- für Kurzstreckenflüge) ist seit 2020 eine Lenkungsabgabe mit Klimaziel - sie soll kurze Flüge unattraktiv machen, für die es eine Bahnalternative gibt, und zugleich Einnahmen sichern. Es gilt auch zu bedenken, dass der Flugverkehr weder eine Kerosinsteuer, noch eine Mehrwertsteuer bei Flügen ins Ausland kennt. Inlandsflüge werden in Österreich mit 13 Prozent MwSt. belastet. Die Umweltbelastung wird in der Diskussion um die Flugabgabe vollkommen ausgeklammert. Immerhin „produziert" ein Reisender mit dem Flugzeug acht- bis zehnmal mehr CO2 als mit der Bahn. Und dieses Gas entwickelt in der Stratosphäre eine dreifach höhere Schädlichkeit für die Erderwärmung als in Bodennähe.

Weiterlesen und Quellen der Vorlage

Sieben Bundesländer gegen die Flugabgabe: Was die Forschung sagt - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft, 28.10.2026

Infografik: So viel Treibhausgas emittieren Flugzeug, Bahn & Co. | Statista, 02.10.2026

Blindflug am Airport: Wer steckt hinter dem größten Aktionär des Wiener Flughafens?, PROFIL, 21.09.2022

Emissionen: CO2 lässt Stratosphäre schrumpfen - science.ORF.at, 25.06.2021

Warum müssen Passagiere für einen internationalen Flug keine Mehrwertsteuer bezahlen? - Klimaschutz-Portal, o.D.

TO 03 / BERICHT UND EINORDNUNG

Pensionen zwischen Kaufkraft und Reform

Die Aktuelle Stunde stellt Kaufkraft, Generationengerechtigkeit und die langfristige Finanzierung der Pensionen gegenüber. Streitpunkte sind ein höheres Antrittsalter, die Ausgestaltung der Aktivpension und die Pensionslücke von Frauen. Eine Abstimmung ist in der Vorlage zu diesem Punkt nicht ausgewiesen.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Demografischen Wandel berücksichtigen und kapitalgedeckte Komponenten ergänzen.
FPÖ	Keine pauschale Erhöhung des Antrittsalters; Kaufkraft schützen und Aktivpension für lange Versicherungszeiten gerechter gestalten.
SPÖ	Öffentliches Pensionssystem stärken; faire Löhne, gesunde Beschäftigung, Gleichstellung und gerechtere Beitragsfinanzierung sichern.
Grüne	Care-Arbeit und gesundheitliche Belastungen berücksichtigen; Frauenpensionslücke schließen und faire Ausstiegswege ermöglichen.
NEOS	Antrittsalter schrittweise an Lebenserwartung anpassen; Ausnahmen für lange Erwerbsverläufe und Fairness für jüngere Generationen.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Pensionisten schützen – Leistung verdient Respekt, gerechte Pensionen sichern!

Abg. Edith Mühlberghuber/FPÖ beginnt mit einem Rückblick auf die Generation der zwischen 1940 und bis Mitte 1960 Geborenen, die völlig unterschiedliche Zeiten erlebt hätten – den 2. Weltkrieg, die Entbehrungen der Nachkriegszeit, den Wiederaufbau und den späteren wirtschaftlichen Aufschwung mit rasantem Ausbau des Wohlstands. Diese Generation hätte Familien gegründet, vier bis fünf Kinder großgezogen, oft ein Eigenheim aufgebaut und ihre Familien abgesichert. Sie hätten Verantwortung übernommen und diese Lebensleistung verdiene Respekt.

Laut Statistik Austria würden in Österreich 2,6 Mio. Menschen eine Pension beziehen. In NÖ seien das rund 475.000. Bei Männern liege die durchschnittliche Pension bei ca. 2.600 € brutto, bei Frauen etwa 1.700 € brutto. Bei kleinen Pensionen müsste oft jede Investition, Reparatur oder die Heizkosten genau überlegt werden.

Die Abgeordnete geht dann auf die Details der Pensionsänderungen ab 2027 ein (ab Minute 02:10). Auf Grund der prognostizierten Inflation werde es aber einen Kaufkraftverlust geben. Auch im Gesundheitsbereich hätte man die Pensionisten besonders stark zur Kasse gebeten. Abg. Mühlberghuber nennt dann die Verdoppelung des Behandlungsbeitrags der BVA-Versicherten von 10 % auf 20 %.

Abg. Mühlberghuber beklagt, dass die ältere Generation mehr bezahlen müsse, bei manchen Leistungen trotzdem höhere Kosten habe. Das sei eine besonders bemerkenswerte „Wertschätzung“.

Aber 3 Mrd. € für die Ukraine sei laut Minister Marterbauer nur ein „Nedsch“. Oder die Ausgaben für das Asylwesen, für fragwürdige EU-Projekte, NGOs und Gender-Projekte – dafür scheine genug Geld da zu sein. Wenn es aber um jene Menschen gehe, die jahrzehntelang in unser Sozialsystem eingezahlt haben, werde plötzlich jeder Euro dreimal umgedreht.

Sie gibt dann der geplanten Anhebung des Pensionsalters eine klare Absage der FPÖ: „Bei diesem Pensionsraub machen wir nicht mit“ und attackiert die SPÖ, die dazu schweige. „Wo ist Bablers Pensionsgarantie?“, fragt die Abgeordnete.

Die Erhöhung des Pensionsalters würde zu erhöhter Arbeitslosigkeit und höheren Langzeitkrankenständen führen.

Und dann kommt die übliche FP-Attacke gegen Ausländer und Geflüchtete. Die Abgeordnete stellt fest, dass laut ÖIF in NÖ über 15.000 Ausländer arbeitslos ge-

meldet seien und meint: „Alle wissen es, aber niemand spricht es aus – die Massenzuwanderung zerstört unser Sozialsystem, da viele der Einwanderer aus dem System nehmen, aber kaum bis gar nichts ins System einzahlen. Aber unsere Leute sollen bis 67 arbeiten. Das passt nicht zusammen".

Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer würden in den nächsten Jahren in Pension gehen. Aber danach würde sich die Kurve wieder abflachen. Daher sei Panikmache völlig übertrieben.

Nicht ständige neue Drohungen würden zur Lösung dieser Herausforderungen führen, sondern eine Politik mit Hausverstand. Die Lösung liege nicht in einer Bestrafung der Älteren, sondern in einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, die echtes Wachstum bewirke und in einer echten Familienpolitik, die jungen Menschen ermögliche, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen (ÖAW: Familienplanung in Österreich: Kinderwunsch geht stark zurück / Anm. #zH)

Und die Abgeordnete meint: „Wer die Wirtschaft entfesselt und die heimischen Familien stärkt, bringt auch wieder mehr Menschen in die Beschäftigung und sichert unser Pensionssystem nachhaltig ab". (Wie kann die Wirtschaft erfolgreich „entfesselt" werden, Frau Abgeordnete? Wir vermissen konkrete Vorschläge und realistische Strategien Ihrer Partei / Anm. #zH). Freiwillige Weiterarbeit solle selbstverständlich möglich sein, aber dann müssten die Regeln auch gerecht sein. Die Abgeordnete geht dann auf die „Aktivpension" ein, die ab Jänner 2027 in Kraft tritt. Grundsätzlich sei das eine gute Idee. Wer länger arbeitet, solle mehr davon haben und steuerlich begünstigt werden. Wer in eine Langzeitversichertenpension geht, erreiche damit aber noch nicht automatisch die Altersgrenze für die Begünstigung. Hier liege die Ungerechtigkeit der Bundesregierung, die das Gesetz vermurkst habe.

Und sie gibt das Beispiel eines jungen Mannes, der mit 62 Jahren und 47 Beitragsjahren in die Langzeitversichertenpension gehen will. Erst mit 65 könne er den Steuerfreibetrag der Aktivpension nützen, obwohl er 47 Jahre eingezahlt habe. Davor müsste er Abschläge in Kauf nehmen.

Als zweites Beispiel beschreibt sie einen Menschen mit deutlich späterem Arbeitsbeginn und mehreren AMS-Zeiten. Er geht nach 40 Arbeitsjahren in Regelpension und kann die Aktivpension nutzen. Sie frage sich, ob in diesem Land eigentlich die Arbeitsjahre zählen oder nur das Geburtsdatum.

Die junge Generation zweifle sehr oft, ob sie überhaupt jemals eine Pension bekommen würde.

Abschließend fordert die Abgeordnete noch das Recht der Alten auf ein „analoges Leben" ohne Digitalisierungszwang ein. Amtswege müssten auch weiterhin persönlich, schriftlich oder telefonisch möglich sein. Und sie wirbt für das Pensionistenvolksbegehren der Initiative „Faire Pensionen Österreich".

#zusammenHaltNÖ-Frage
an die FPÖ und Faktencheck : wie würde die Partei von Abg. Mühlberghuber das Budget sanieren, wenn die FPÖ so vielen Maßnahmen der Bundesregierung bzw. des Finanzministers nicht zustimmt? Keine Paketabgabe, Rücknahme der Flugabgabe, kein Hinaufsetzen des Pensionsalters? Wodurch soll nach Meinung der FPÖ das Budget nachhaltig saniert werden?

Und hat die FP-Abgeordnete nicht mitbekommen, dass vor 2016 der BVA-Behandlungsbeitrag 20 % betrug und unter Bundeskanzler Faymann II/SPÖ, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner/ÖVP und Finanzminister Hans Jörg Schelling/ÖVP auf 10 % reduziert wurde, weil es angeblich hohe Überschüsse gab?

Was Abg. Mühlberghuber auch verschwieg, ist die Tatsache, dass die BVA am 1. Jänner 2020 mit der Versicherungsanstalt für Eisenbahn und Bergbau und der Betriebskasse der Wiener Linien fusionierte. Das war unter der Regierung Kurz I mit Vizekanzler Strache/FPÖ und Sozial-& Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein/FPÖ auf Grundlage eines Nationalratsbeschlusses vom Dezember 2018. Es wurden damals die Sozialversicherungsträger von 21 auf 5 reduziert und es wurde versprochen, dadurch eine „Patientenmilliarde" einzusparen. Später bezeichnete Ministerin Hartinger-Klein dies als „Marketing-Gag" der ÖVP-Kommunikatoren. 2026 wurde der Selbstbehalt ab 01.06.2026 wieder wie früher auf 20 % angehoben. Laut BVAEB wurde dies auf Grund der angespannten Budgetsituation der Versicherungsanstalt notwendig, um auch in Zukunft das Leistungsniveau halten zu können.

Abg. Indra Collini/Neos stellt eingangs fest, dass im Landtag wieder einmal ein Thema diskutiert werde, für das er gar nicht zuständig sei. In diesem konkreten Fall wäre sie aber trotzdem für eine Diskussion, denn über das Thema „Pensionen" müsse dringend geredet werden. Auch wenn NÖ dafür nicht zuständig ist, könne man Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit in dieser Sache etwas weitergeht. Die Abgeordnete plädiert für ein Hinaufsetzung des Pensionsalters, denn die Lebenserwartung der Menschen sei seit den 70er Jahren um zehn Jahre gestiegen. Somit erhalte man zehn Jahre länger eine Pension. Es müsse außerdem Generationengerechtigkeit geben, denn auch für die kommenden Generationen müsse es noch faire Pensionen geben.

Die Abgeordnete geht dann auf das Umlagesystem in Österreich ein und nennt einige Zahlen: während in den 70er Jahren auf eine/n Pensionisten/Pensionistin vier Beitragszahler*innen kamen, kämen heute nur mehr 1,7 Beitragszahler*innen pro Pension. Was das Umlageverfahren nicht abdeckt, müsse der Staat aus Steuern finanzieren. 2018 waren das etwas mehr als 9 Mrd. €, 2030 würden das aber bereits 25 Mrd. € sein. Das bedeute, dass fast ein Drittel des Gesamtbudgets in die Zuzahlung der Pensionen gehen würde. Dieses Geld fehle anderswo, bei der Bildung der Kinder, im Gesundheitssystem, der Pflege und im Spielraum für die Entlastung des Wirtschaftsstandortes, die so dringend gebraucht würde.

Die Bundesregierung habe bereits einige Schritte in Bezug auf eine Pensionskonsolidierung gesetzt. Aber das werde trotzdem nicht reichen. Es müsse das gesetzliche Pensionsantrittsalter schrittweise erhöht werden. Für Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben, müsse es allerdings eine Ausnahme geben. Es müsse heute Verantwortung übernommen werden, damit das Pensionssystem auch in Zukunft noch funktioniere.

Abg. Silvia Moser/Grüne meint, es brauche eine ehrliche Debatte für eine faire Pension für alle – die arbeiten, sorgen, pflegen. Sie fordert, wer länger arbeiten wolle, müsse das können. Wer krank ist, dürfe nicht bestraft werden. Und wer ein Leben lang Care-Arbeit leistet, dürfe nicht mit einer schlechteren Pension aussteigen. Die von der Bundesregierung geplante Aktivpension dürfe nicht zu unterschiedlicher Besteuerung führen. Für Schwerarbeiter*innen auf dem Bau, im Schichtbetrieb, in Pflege oder Reinigung müsse es – falls aus gesundheitlichen Gründen notwendig - faire frühzeitige Ausstiegswege geben. Die Schwerarbeiter*innen-Pension ermögliche dies mit sechzig.

Die Abgeordnete geht dann noch auf Krankheiten ein, die nicht immer sichtbar sind, wie psychische Erkrankungen. Ein Pensionssystem, das nur körperliche Verschleißerscheinungen anerkenne, gehöre der Vergangenheit an.

Weiters thematisiert sie den Pensions-Gap zwischen Männern und Frauen, den die AK NÖ zum „Equal Pension Day“ berechnet hat. Männer erhielten in NÖ durchschnittlich 2.770 € Pension, Frauen rund 1.670 €. Das ergebe eine Lücke von fast 40 % oder 1.100 € / Monat. Diese Pensionslücke entstehe durch geringere Einkommen, Teilzeit, Unterbrechungen wegen Kinderbetreuung und Pflege, unbezahlte Hausarbeit und einen späteren Erwerbseinstieg. In Österreich gebe es im EU-Vergleich die höchsten geschlechterspezifischen Pensionslücken. Dies führe dazu, dass nach den Daten der Statistik Austria 2025 ein Drittel der alleinlebenden Pensionistinnen armutsgefährdet waren, während es bei den alleinlebenden Pensionisten nur 14 % waren.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Pflegezeiten von nahen Angehörigen, wie Pflege eines behinderten Kindes oder Familien-Hospizkarenz als Versicherungszeiten angerechnet werden.

Abg. Moser fordert abschließend, nicht nur Wünsche an die Bundesregierung zu schicken, sondern auch alles zu tun, was im eigenen Verantwortungsbereich liege. Und sie nennt darunter längere Öffnungszeiten von Kindergärten oder ausreichend Pflege- und Betreuungsangebote auch im ländlichen Raum.

Abg. René Pfister/SP wundert sich, dass die FPÖ sich jetzt plötzlich zur Verteidigerin der Pensionist*innen gewandelt habe. Und er erinnert die FP-Mandatar*innen daran, dass Anfang der Zweitausenderjahre, während der Regierungen Schüssel I und II mit FPÖ-Beteiligung, die massivsten Verschärfungen im österreichischen Pensionssystem beschlossen wurden. Es seien Frühpensionen erschwert, höhere Abschläge eingeführt und höhere Durchrechnungszeiten beschlossen worden. Und unter ÖVP-FPÖ-Regierungen sei ein System eingeführt worden, in dem der gesamte Erwerbsverlauf immer stärker über die spätere Pension entscheide.

Der Abgeordnete prangert dann die Doppelmoral der FPNÖ beim Thema Frauenpension an und kritisiert, dass eine FP-Mandatarin (Abg. Mühlberghuber/Anm.#zH) die Ungerechtigkeiten beklage, die ihre Partei 2003 in der Bundesregierung beschlossen habe (Regierung Schüssel I und II/Anm.#zH). Gleichzeitig verschweige die FP aber, dass gerade Frauen von der damaligen Reform am stärksten betroffen waren. Durch das Heranziehen des gesamten Erwerbsverlaufs für die Pensionshöhe seien v.a. jene Frauen betroffen, die Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben und deshalb jahrelang Teilzeit arbeiten mussten. Wer über Pensionen sprechen wolle, müsse auch über Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Gleichstellung und v.a. auch über faire Löhne sprechen.

Die FP halte Pressekonferenzen ab, während die SP-Sozialministerin und die gesamte Bundesregierung an Verbesserungen für die Menschen arbeite. So habe sie sich u.a. dafür eingesetzt, dass kleine und mittlere Pensionen bestmöglich abgesichert würden und dass Pensionist*innen nicht die Hauptlast der Budgetsanierung tragen müssten. Und sie habe sich auch gegen jene gestellt, die immer nur die folgenden Forderungen artikulieren: länger arbeiten, später in Pension gehen und Leistungen kürzen. Das sei der Unterschied zwi-

schen seriöser Sozial- und freiheitlicher Schlagzeilenpolitik.

Und der Abgeordnete meint: „Die FPÖ behauptet ja sehr gerne, die Partei der kleinen Leute zu sein. Aber […] wo waren die Freiheitlichen, als tausende ältere Arbeitnehmer*innen Schwierigkeiten hatten, einen Arbeitsplatz zu finden? Wo sind die Konzepte altersgerechter Arbeitsplätze? Wo sind die Vorschläge gegen Altersarmut von Frauen? Wo sind die Antworten auf prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne, unterbrochene Erwerbsbiographien? Außer Schuldzuweisungen kommt von euch gar nichts“.

Die wahren Herausforderungen bestünden darin, Menschen bis zur Pension gesund in Beschäftigung zu halten. Seit Jahren zeige sich, dass viele Arbeitnehmer*innen unter steigender Belastung, gesundheitlichem Druck und Unsicherheit leiden würden. Nicht populistische Parolen würden gebraucht, sondern sichere Arbeitsplätze, faire Arbeitsbedingungen und eine Politik, die sich um die Lebensrealität der Menschen kümmert.

Die SPÖ stehe für ein klares und starkes öffentliches Pensionssystem, für Solidarität zwischen den Generationen, für Respekt für Lebensleistungen und für eine Politik, die Probleme löst.

Wer glaubwürdig über Pensionen sprechen wolle, dürfe die eigene Verantwortung an den Verschlechterungen der Vergangenheit nicht verschweigen. Und wer Respekt vor der älteren Generation einfordere, der solle auch den Mut haben, die Wahrheit zu sagen. Während die FPÖ Empörung produziere, sorge die Sozialministerin für konkrete Lösungen.

Als jüngster Abgeordneter des Landtags fordert Abg. Christoph Müller/Neos nicht nur Respekt und Wertschätzung für die Leistungen der älteren Generation, sondern auch für die der kommenden Generation. Diejenigen, die Ängste und Populismus verbreiten, auf die Ukraine oder auf Zuwanderer schimpfen, ohne die unser Pflegesystem gar nicht funktionieren würde, würden gar nichts in diesem Pensionssystem reformieren oder verbessern.

Der Abgeordnete meint dann, wer rechnen könne, werde merken, dass sich das im aktuellen System ohne Veränderungen nicht ausgehe. 2024 habe der Bund 30 Mrd. € zugeschossen, 2031 würden es 42 Mrd. € sein und das für ein System, das sich eigentlich selbst tragen sollte. Dieses Geld würde beim Bau von Kindergärten, bei Öffis, bei der Entlastung des Faktors Arbeit fehlen.

Abg. Müller stellt dann noch zwei Zahlen gegenüber und meint: während die Einkommen um 13 % erhöht wurden, wären im selben Zeitraum die Immobilienpreise um 40 % gestiegen. Daher hätten es junge Leute heute viel schwerer sich etwas aufzubauen und für die Pension vorzusorgen, als dies vor 50 Jahren der Fall war.

Die Bundesregierung habe schon einige Änderungen auf den Weg gebracht, doch es gehe kein Weg daran vorbei, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu knüpfen. Selbstverständlich müssten jene, die studieren, länger arbeiten als jemand, der eine Lehre macht und sofort ins Berufsleben einsteigt. Das Pensionssystem müsse so reformiert werden, dass sich auch die Leistung der jüngeren Generation auszahle.

Nach der Begrüßung des Präsidenten und der Frau Landes**RAT** beginnt der **FP-Abgeordnete Jürgen Handler** mit der Kritik an den Änderungen am Pensionssystem durch die Bundesregierung. Er betont, dass eine Pension nicht ein Almosen des Staates sei, sondern ein Anspruch, den sich die Menschen über Jahrzehnte erarbeitet hätten. Weiters kritisiert er, dass die für 2027 angekündigten Pensionserhöhung nicht die Teuerung abdecken würde und dass Finanzminister Marterbauer angekündigt habe, die Pensionsanpassungen 2026 – 2028 müssten im Durchschnitt unter der Inflationsrate liegen. Dies bedeute, die Pensionist*innen müssten einen Beitrag zur Budgetsanierung leisten, was nicht der Zugang der FPÖ sei. (Abg. Handler verschweigt allerdings, dass nicht nur die Pensionist*innen, sondern auch Berufsgruppen wie die Metaller oder mehrere Jahre lang die Handelsangestellten Kollektivvertrags-Abschlüsse unter der Inflationsrate hinnehmen mussten und somit Reallohnverluste hatten / Anm.#zH).

Abg. Handler kritisiert auch die SPÖ, die diese Regierungsbeschlüsse mittrage. Ein weiterer seiner Kritikpunkte ist die von den Neos geforderte Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Er weist auf Berufe hin, die unter starken körperlichen Belastungen arbeiten müssten und nicht noch einige zusätzliche Jahre arbeiten könnten. Wer gesund und leistungsfähig sei, solle auch weiterarbeiten können, aber es dürfe keine pauschalen Erhöhungen geben.

Der Abgeordnete geht dann auf die ab Jänner 2027 in Kraft tretende „Aktivpension“ ein und kritisiert, dass der steuerfreie jährliche Zuverdienst von 15.000 € nicht flexibel auf das gesamte Jahr aufgeteilt werden könne. Diesen Abänderungsantrag habe die FPÖ im Nationalrat eingebracht, doch er sei von der Mehrheit abgelehnt worden. Er kritisiert weiters, dass die Begünstigung an das gesetzliche Regelpensionsalter anknüpfe, was ein Nachteil für all jene sei, die bereits mit 15 Jahren zu arbeiten begonnen haben und auf Grund der langen Versicherungsdauer früher in Pension gehen könnten. Es stelle sich die Frage, warum die Anzahl der

geleisteten Arbeitsjahre nicht stärker berücksichtigt werde.

Abg. Handler geht dann ziemlich abrupt vom Pensionsthema auf FP-Lieblingsthemen - die im FP-Speak beliebten und diffamierenden Begriffe „Asylindustrie“ und „soziale Hängematte“ - über und behauptet, diese hätten dem Staat über Jahrzehnte Milliarden an Euro gekostet, die man auf anderen Gebieten einsetzen hätte können. Abschließend meint der Abgeordnete, dass Menschen, die das Land aufgebaut und jahrzehntelang gearbeitet hätten, Verlässlichkeit, Fairness und Respekt verdienen würden und sich seine Partei auch dafür einsetzen werde.

#zusammenHaltNÖ findet,
*dass der Kritik von Abg. Jürgen Handler/FP an der Ausgestaltung der Aktivpension einiges abzugewinnen ist. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, warum z.B. der von ihm genannte fiktive Elektriker, der von einer Firma auf Grund einer erhöhten Auftragslage für ca. ein halbes Jahr dringend gebraucht wird, den im Gesetz vorgesehenen steuerfreien Zuverdienst von 15.000 € nicht in einem halben Jahr verdienen darf und der Zuverdienst mit 1.250 €/Monat begrenzt ist. Das erscheint völlig realitätsfern zu sein. Ähnliche Notwendigkeiten könnten übrigens auch im Tourismus, Handel oder der Landwirtschaft auftreten. Unverständlich, höchst ärgerlich und entbehrlich ist aber, dass der Abgeordnete – wie bei FPÖ-Politiker*innen häufig – in diesem Zusammenhang wieder einmal die „Asylindustrie“ und die üblichen Vorwürfe von der „sozialen Hängematte“ bemüht, in der Geflüchtete angeblich hängen und dem Staat über Jahrzehnte Milliarden an Kosten verursachten.* ***Kann endlich auch die FPÖ NÖ zur Kenntnis nehmen, dass Geflüchtete in der Vergangenheit während ihrer oft jahrelangen Asylverfahren keine offiziellen Deutschkurse besuchen und auch NICHT ARBEITEN DURFTEN?*** *Ausnahmen waren ehrenamtliche oder gemeinnützige Tätigkeiten für manche Gemeinden, beim Roten Kreuz oder für einige NGOs. Die meiste Zeit aber waren junge, arbeitsfähige- und auch arbeitswillige Asylwerber*innen zur Untätigkeit verurteilt, da es gar nicht genügend Angebote für alle Arbeitswilligen gab. Arbeit wurde damals von der Politik als „Pullfaktor“ bezeichnet und deshalb verweigert. Jetzt wirft man denselben Menschen ihre erzwungene Untätigkeit vor. Zynischer geht’s nicht mehr!* ***#zusammenHaltNÖ fordert die FPÖ auf, nicht weiterhin wider besseres Wissen Falschmeldungen zu verbreiten und dadurch die Bevölkerung gegen Geflüchtete aufzubringen.***

Auch **Abg. Anton Erber/VP** schickt voraus, dass das Pensionsthema ausschließlich Bundesmaterie sei. Er weist dann auf die neu erschienene Marsh-Studie „Global Pension Index 2026“ hin, die sich mit den Pensionssystemen weltweit beschäftigt. Von den 55 untersuchten Ländern liege Österreich in Bezug auf Nachhaltigkeit des Pensionssystems auf dem letzten Platz, beim Thema Integrität (=gute Verwaltung) im Spitzenfeld. Das Umlagesystem reiche nicht mehr aus, 32 Mrd. € werde der Staat zuschießen. Das sei fast ein Viertel des Bundesbudgets.

Dann macht der Abgeordnete einen Blick zurück in die Vergangenheit. 1960 habe es in Österreich 140.000 Geburten gegeben, 2025 nur 73.000. Diese demografische Entwicklung zeige, dass die Pensionen nicht wie früher finanzierbar seien.

Abg. Erber nennt Länder wie die Niederlande und den skandinavischen Raum, die schon viel früher damit begonnen hätten, auch die Kapitalkomponente mit einzubeziehen. Der Zukunftsfonds sei ein Beginn in die richtige Richtung. Um die Zukunft zu bewältigen, müsse man neue Wege gehen.

Als letzter Redner spricht Abg. Franz Schnabl/SP und meint, das stabilste System sowohl im internationalen, aber auch im österreichischen Vergleich innerhalb der diversen Systeme sei das ASVG-System mit einem Selbstdeckungsbeitrag von 81 %, das Pensionssystem für Bäuerinnen und Bauern mit einem Selbstdeckungsbeitrag von nur 19 % das schlechteste System. Das zweitschlechteste sei das für die Selbständigen. Und das grundsätzliche Vergleichsproblem liege in dem Umstand, dass der Arbeitgeber Republik Österreich für 330.000 pensionierte Beamt*innen überhaupt keinen Arbeitgeberbeitrag leiste. Um das System stabil in die Zukunft zu bringen, müsse man auch sagen, wie man Gerechtigkeit herstellen wolle. Gerechtigkeit wäre für den Abgeordneten, wenn man sich darauf einige, dass alle die gleichen Beiträge zahlen und in ihrem Bereich dafür sorgen, dass die Deckung für die Pensionsbeiträge auf das gleiche Niveau angehoben werde.

Weiterlesen und Quellen

Feilschen um Handels-KV startet nach drei Jahren Reallohnverlust – DiePresse.com, 22.10.2026

Österreich landet bei Pensions-Nachhaltigkeit erneut auf dem letzten Platz | brandaktuell, 20.10.2026

Berichte und Studien zum Pensionssystem in Österreich, Sozialministerium, Stand 06.10.2026

Metaller-KV bestätigt: Löhne steigen unter Inflation, News, 24.09.2026

Rente im Europa-Vergleich: Warum Deutschland hinter Nachbarn liegt, buerger-geld.org, 07.09.2026

Österreich hat die zweitgrößte Pensionslücke in Europa - Karriere - derStandard.at › Karriere, 06.08.2026

Handel: Gehälter steigen um 2,55 Prozent, Trend, 25.11.2025

Renten-Vergleich in Europa: So viel Geld bekommen Senioren im Durchschnitt, echo24, 27.08.2025

Das Pensionssystem in Österreich – Ein Überblick, Sozialministerium, Stand 24.03.2025

Der Schmäh mit der "Patientenmilliarde" - Renate Graber - derStandard.at › Diskurs, 15.07.2025

Pensionszuschüsse steigen: Ein Viertel des Staatsbudgets fließt in die Altersvorsorge, VBV, 04.07.2025

Renten auf einen Blick 2025 (Auszugsweise Übersetzung) (DE), OECD 2025

2024 Pension adequacy report, European Commission, 2024

Auf Pensionen entfällt der größte Budgetanteil – Die-Presse.com, 06.10.2024

Bis heute spürbar: Pensionskürzung unter ÖVP und FPÖ, Kontrast, 22.03.2024

ÖAW: Familienplanung in Österreich: Kinderwunsch geht stark zurück, 12.12.2023

Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau – Wikipedia, Stand 17.04.2026

MitarbeiterInneninformation – Senkung Behandlungsbeitrag – BVAEBAktiv.at, März 2016

TO 04 / BERICHT UND EINORDNUNG

ARDO und die Zukunft des Marchfelds

Die angekündigte Schließung des Tiefkühlgemüsewerks in Groß-Enzersdorf prägt die Debatte. Alle Fraktionen wollen Perspektiven für Beschäftigte und Landwirtschaft; unterschiedliche Schwerpunkte setzen sie bei Standortpolitik, Konzernverantwortung und einem möglichen neuen Produktionsstandort.



Foto: Richard Bell / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Nachhaltige Lösung für Beschäftigte und Gemüsebauern suchen; Vorgehen des Konzerns scharf kritisieren.
FPÖ	Landwirtschaftliche Zulieferer absichern; Energiepreise, Arbeitskosten und CO_2-Steuer als Standortprobleme benennen.
SPÖ	Regionale Wertschöpfung und Versorgungssicherheit erhalten; konkrete Perspektiven statt bloßer Solidaritätserklärungen schaffen.
Grüne	Abhängigkeit vom Konzern und fehlende Investitionen kritisieren; konkreten Plan, gegebenenfalls für ein neues Werk, verlangen.
NEOS	Gemeinsame Lösung und raschen Plan B für das Marchfeld fordern; Standortbedingungen im eigenen Landesbereich verbessern.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 4: Aktuelle Stunde betreffend NÖ kämpft für Arbeitsplätze, Bauern und heimische Lebensmittelversorgung – Versorgung mit Tiefkühlgemüse sichern

Die Argumentation der ARDO-Eigentümer, dass es sich bei der für 2027 geplanten Schließung des Tiefkühlwerkes Groß-Enzersdorf („IGLO“) um eine rein betriebswirtschaftliche Entscheidung handle, mag ja stimmen, habe aber nach Aussage von **Abg. Josef Edlinger/VP** heftige Emotionen ausgelöst. Mit der von der Betriebsleitung am 24. September d.J. für August 2027 bekanntgegebenen Schließung des Werkes im Marchfeld für die Tiefkühlgemüseproduktion würden laut dem Abgeordneten 200 Mitarbeiter*innen ihren Arbeitsplatz, 500 Gemüsebauern ihren Abnehmer und die österreichischen Konsumenten 90 % des heimischen Tiefkühlgemüses verlieren. Eine Petition, die bis jetzt 106.000 Menschen unterschrieben haben, und ein Schulterschluss von allen Beteiligten sollen weitere Gespräche mit potenziellen, neuen Betreibern ermöglichen. Denn auch eine Weiterführung des Werkes mit Unterstützung der Öffentlichen Hand wurde von der Betriebsleitung abgelehnt. Laut Abg. Edlinger würden sich auch die Landeshauptfrau, ihr Stellvertreter LR Pernkopf und Minister Totschnig für eine auch in Zukunft mögliche Tiefkühlgemüseproduktion in Niederösterreich einsetzen.

Auch wenn Arbeitsplätze und Standortpolitik laut **Abg. Alexander Schnabel/FP** zu Recht die Debatte um die Werksschließung beherrschen, dürfe man die bäuerlichen Betriebe nicht vergessen. Diese 500 Betriebe hätten über die Jahre in Spezialmaschinen, Beregnungsanlagen, Lagerlogistik und notwendige Infrastruktur für

die Gemüseproduktion investiert. Sie bräuchten verlässliche Rahmenbedingungen und Abnehmer als Grundlage für ihre Planung und ihre Existenz.

Was hier passiere, sei besonders bitter für die Betroffenen, meint **Abg. Indra Collini/Neos** und plädiert daher für die Suche nach einer gemeinsamen Lösung, um heimische Arbeitsplätze und die heimische Gemüseproduktion zu erhalten. Da es sich bei ARDO aber um keinen Einzelfall handelt, verlangt die Abgeordnete, einen kritischen, ehrlichen Blick auf diese Werkschließung zu werfen und sieht darin ein deutliches Signal, dass Niederösterreich ein Standortproblem habe. Mit dem Hinweis auf Job- und Produktionsabbau in weiteren Unternehmen verliere Niederösterreich Arbeitsplätze, Investitionen und Zukunftschancen. Da vermisse die Neos-Abgeordnete auch einen Zukunftsplan der Landeshauptfrau für die betroffene Region. Und anstatt im eignen Wirkungsbereich Maßnahmen zu setzen, sei es einfacher, mit dem Finger nach Wien zu zeigen. Es brauche rasch einen Plan „B“ für das Marchfeld, denn ein Landtagsbeschluss allein könne Entscheidungen eines internationalen Konzerns nicht rückgängig machen. Es gehe darum, den Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu stärken. Für Abg. Collini müssten zuerst die Hausaufgaben erledigt werden, nämlich die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unternehmen wieder investieren und Arbeitsplätze sichern.

Mit der Abhängigkeit von einem internationalen Monopolisten sei nach Meinung von **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** die Region in eine prekäre Situation geraten. Die Abgeordnete behauptet weiters, ARDO habe von der bestehenden Substanz gelebt, Gewinne erwirtschaftet, jedoch notwendige Investitionen unterlassen (siehe Interview mit Betriebsrat: kontrast.at). Dafür wären laut Firmenleitung 100 Mio. € erforderlich. Was die Grün-Abgeordnete positiv stimmt, ist die Unterstützung für die 190 Beschäftigten und 500 Bauern durch eine Petition mit immerhin 106.000 Unterschriften. Um die Wertschöpfung in der Region zu halten, sei es entscheidend eine rasche Lösung zu finden. Die Politik müsse daher einen konkreten Plan vorlegen, denn auch ein neues Werk in Leopoldsdorf sei denkbar, nur brauche es einen Finanzier und eine Trägergesellschaft.

Für Abg. René Pfister/SP hätten die Krisen der vergangenen Jahre gezeigt, wie wichtig Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung seien. Daher seien Solidaritätsbekundungen allein wenig hilfreich für die Sorgen der 190 Beschäftigten von ARDO und die mehr als 500 betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe. Abg. Pfister sehe schon auch eine Verantwortung des Landtages, den Menschen den Rücken zu stärken und klare Positionen gegenüber internationalen Konzernen zu vertreten. Im konkreten Fall brauche es eine Perspektive für die Beschäftigten, die landwirtschaftlichen Betriebe, die gesamte Region und nicht zuletzt auch für die österreichischen Konsument*innen.

Auf die schlechten Standortbedingungen, wie Abg. Collini behauptet, habe nach Ansicht von **Abg. Dieter Dorner/FP** die Bundesregierung mehr Einfluss als die Landesregierung. Und er relativiert gleichzeitig die Aussage von Abg. Krismer-Huber, dass ARDO nichts investiert habe. Dafür habe das Werk seiner Ansicht nach aber immerhin 17 Jahre lang hunderten Menschen Arbeit und Lohn gegeben. Abg. Dorner drückt sein Bedauern auch darüber aus, dass neben AGRANA/Leopoldsdorf und TAKEDA/Orth, ARDO kein Einzelfall beim Wegfall von Industriearbeitsplätzen im Marchfeld sei und macht das wirtschaftliche Umfeld dafür verantwortlich. Für ihn seien Energiepreise und Arbeitskosten (siehe Arbeitskostenvergleich EU/ Anm.#zusammenHaltNÖ) entscheidende Standortsnachteile. Laut Abg. Dorner seien die Arbeitskosten in Österreich um 47 % höher als im EU-Durchschnitt. Weiters stört ihn auch die CO2- Steuer, wodurch die österreichische Wirtschaft unter massivem Wettbewerbsdruck stehe. Trotz all dieser Widrigkeiten würden sich jedoch alle Verantwortlichen des Landes intensiv bemühen, die Produktion in Niederösterreich zu halten, schließlich gehe es strategisch auch um die Notwendigkeit der Selbstversorgung.

Nach AGRANA/Leopoldsdorf, TAKEDA/Orth steht der **Abg. René Lobner/VP** „fassungslos“ vor der Tatsache, dass ein weiterer Betrieb in seinem Heimatbezirk Gänserndorf, nämlich das ARDO-Werk in Groß-Enzersdorf mit August 2027 zusperrt. Diese überfallsartig verkündete Schließung habe für ihn aber eine andere Dimension. Das Marchfeld sei der Gemüsegarten und die Kornkammer Österreichs und die wichtigste Region zur Versorgung Österreichs mit Tiefkühlgemüse. Er übt scharfe Kritik am empathielosen Vorgehen der belgischen Firma, die sich nicht bereit zeigte, an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. Und wenn jetzt auch die betroffenen 200 Mitarbeiter*innen und 500 landwirtschaftlichen Betriebe massiv verunsichert sind, müsse weiter um eine gute Lösung gekämpft werden. Es müsste seiner Meinung nach nicht die schnellste sein, wichtig wäre es aber, die beste und nachhaltigste für alle Betroffenen zu finden.

Kommentar von #zusammenHaltNÖ:

*Wenn man als Außenstehender bzw. „nur“ Konsument*in von IGLO-Tiefkühlgemüse, mit Sentimentalität an das ESKIMO-Eis aus Groß-Enzersdorf denkt, blickt man wehmütig auf jahrelang liebgewordene, selbstverständliche Alltäglichkeiten, die jetzt zu ver-*

schwinden drohen und erinnert sich an die mahnenden Worte von Alt-Landeshauptmann Erwin Pröll. Er machte schon 2005 im Hinblick auf das Werk in Groß Enzersdorf eine sehr denkwürdige Aussage zum Thema Wirtschaften im globalisierten Markt: „Wenn man sehr konsequent gegen internationale Konzerne in der Zeit der Globalisierung auftritt, dann gibt es auch heute noch eine Chance auf einen Arbeitsplatz. “ (noe .ORF) Das war 2005, doch danach kam aber, auch bedingt durch die Finanzkrise 2008, Schwung in die Globalisierung und wurde noch beschleunigt durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU. Die spürbaren Konsequenzen waren eine verstärkte Liberalisierung und Deregulierung der Märkte. Dies bescherte uns billigere Waren sowie billigere Arbeitskräfte und trug gleichzeitig aber auch wesentlich zur Steigerung unseres Wohlstands bei. Und während in der „alten“ EU die Arbeitskosten ähnlich hoch sind, drücken die neuen, osteuropäischen Staaten massiv das Arbeitskosten-Niveau, dadurch auch ein für uns schwer nachvollziehbarer, unrealistisch erscheinender EU-Durchschnitt (hinkender Vergleich von Abg. Dieter Dorner/FP!). Das erklärt auch die Standortprobleme von ARDO, SCHÄFFLER, ZKW, AGRANA, TAKEDA, POLLMANN usw. Gegen diese De-Industrialisierung von Niederösterreich durch Werkschließungen, Insolvenzen oder Produktionsverlagerungen ins „billigere“ Ausland sind Land und Bund im liberalisierten und deregulierten globalisierten Markt eher machtlos!

Dazu kommt noch, dass wir im Europa-Vergleich ein sehr hohes Wohlstandsniveau/Lohnniveau haben, sodass in Österreich niemand bereit wäre, zum bulgarischen Stundenlohn hier zu arbeiten.

Die Politik wäre daher gut beraten, in Leopoldsdorf ein neues Tiefkühlzentrum aufzubauen, anstatt einem internationalen Großkonzern ein weiteres, riesiges Rechenzentrum hinstellen zu lassen: denn dieses würde enorm viel Strom verbrauchen und zusätzlich noch die ohnehin kargen Wasserreserven des Marchfelds der Landwirtschaft entziehen.

Weiterlesen und Quellen

Insolvenz: Pollmann sucht weiter nach Investor - noe.ORF.at, 04.11.2026 Ardo vor Schließung: Bauern stoppen Spinat-Aussaat – DiePresse.com, 20.10.2026

Aus für Ardo-Werk: Rückblick auf 61 turbulente Jahre - noe.ORF.at, 17.10.2026

Trotz Millionen-Förderung: Ardo sperrt profitables Tiefkühlgemüse-Werk in NÖ zu, 09.10.2026

14 Hektar groß - Viele Fragen um Weinviertler Rechenzentrum | krone.at, 29.09.2026

Wien & Linz: Pharma-Riese Takeda nimmt Labor nicht in Betrieb und baut knapp 200 Stellen ab - Wien, Mein Bezirk, 23.06.2026

Agrana-Zuckerproduktion in Tulln bleibt gesichert - Tulln, Mein Bezirk, 21.05.2026

Über Ardo | Ardo, 2026

Liste der Ardo-Unternehmen | Ardo, 2026

EU-Vergleich der Arbeitskosten (Jahresschätzung), Eurostat, Stand 29.04.2026

Agrana schließt Zuckerfabriken in Österreich und Tschechien - Unternehmen - derStandard.at › Wirtschaft, 12.03.2025

TO 05 / BERICHT UND EINORDNUNG

Gemeindeverbände und kommunale Entlastung

Die Gesetzesänderung soll interkommunale Zusammenarbeit erleichtern und professionalisieren. ÖVP, FPÖ, SPÖ und Grüne unterstützen die Vorlage. NEOS sehen darin nur eine Übergangslösung und verlangen weitergehende Strukturreformen sowie freiwillige Gemeindefusionen.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Freiwillige Zusammenarbeit soll Kosten senken und Professionalität erhöhen.
FPÖ	Gesetzesänderung begrüßen und Gemeindeautonomie erhalten; Finanzierungsprobleme auch beim Bund verorten.
SPÖ	Vereinfachungen begrüßen; faire Lastenverteilung und Diskussion über eine Grundsteuerreform verlangen.
Grüne	Effizientere Verbände unterstützen; eigene Ansprechstelle beim Land für sinnvolle Kooperationen schaffen.
NEOS	Verbände reichen nicht; freiwillige Fusionen, gebündelte Verwaltung und stärkere Prüfrechte des Landesrechnungshofs verlangen.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 5: Antrag mit Gesetzesentwurf der Abgeordneten Auer, Dorner u.a. betreffend Änderung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes

Link zum Antrag von VP und FP; Link zum Gesetzesentwurf

Aus dem Antrag: Aufgrund der ständig wachsenden Herausforderungen, mit denen die NÖ Städte und Gemeinden konfrontiert sind, ist es im Sinne einer richtig verstandenen Subsidiarität erforderlich, Hilfsstrukturen auf höherer Ebene aufzubauen und zu vertiefen. Das Motiv einer interkommunalen Zusammenarbeit ist daher einerseits der Gedanke der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit sowie aber auch die zufriedenstellende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Leistungen von hoher Qualität. Die Bündelung komplexer Aufgaben auf eine dafür eingerichtete Struktur bietet vor allem für kleinere Gemeinden die Möglichkeit ihre Aufgaben weiterhin rasch und effizient wahrzunehmen.

Für die Neos seien solche Verbände eher nur eine Übergangslösung. **Abg. Christoph Müller/Neos** fordert daher für seine Partei als echte Reform Gemeindezusammenlegungen. Eine letzte solche Strukturreform gab es in Niederösterreich vor 50 Jahren. Daher sei ein weiterer Schritt, nämlich eine freiwillige Fusion und gemeinsame Verwaltungsaufgaben gehörten auf Bezirksebene gebündelt. Prüfrechte sollte der Landesrechnungshof übernehmen und bei den Umlagen brauche es eine echte Entlastung.

Für die Neos sei diese zusätzlich Ebene keine Antwort auf die finanziell schwierige Situation der Gemeinden, die neue Bedarfszuweisungen in Höhe von 15 Mio. € brauchen. Denn obwohl es nur 573 Gemeinden gibt, gebe es bereits 631 Verbände. Aber wenn Verbände die Antwort auf die schwierige finanzielle Situation der Gemeinden sind, müsste es diesen schon längst besser gehen, meinen die Neos.

Ihrem Vorredner spricht Abg. Helga Krismer-Huber/ Grüne die Kompetenz ab, über Gemeindepolitik zu reden, denn die Neos würden diese ja nur aus der Theorie kennen. Mit der Vorlage würden ihrer Meinung nach die Gemeindeverbände noch effizienter aufgestellt. Sie fordert zusätzlich noch eine eigene Ansprechstelle in der Gemeindeabteilung des Landes, um besser zu erkennen, wo sinnvolle Zusammenlegungen noch möglich wären.

Abg. Christian Samwald/SP beklagt, dass die Schere zwischen Ertragsanteilen und Abgaben immer weiter auseinanderklaffe. Man müsse daher über eine Grundsteuerreform oder eine faire Lastenverteilung in Zukunft nachdenken. In der vorliegenden Vereinfachung für Verbände sieht der SP-Abgeordnete einen Schritt in die richtige Richtung und begrüßt in diesem Zusammenhang auch die Bedarfszuweisungen von 15 Mio. € an die Gemeinden.

Positiv sieht auch Abg. Dieter Dorner/FP die vorliegende Gesetzesänderung, setzt sich aber weiterhin für die Aufrechterhaltung der Gemeindeautonomie ein. Da die Schere zwischen Ertragsanteilen der Gemeinden und der Umlagen immer weiter auseinandergehe, kritisiert der Abgeordnete auch die Bundesregierung, denn die Gemeinden bekämen nur jenes Geld, das der Finanzminister einnimmt.

Für Abg. Otto Auer/VP stehe die Freiwilligkeit einer solchen Zusammenarbeit im Vordergrund. Ein Verband sollte geringere Kosten verursachen und höhere Professionalität ermöglichen, somit Entlastung für die einzelne Gemeinde bringen.

TO 06 / BERICHT UND EINORDNUNG

Grundversorgung und Integration

Der Jahresbericht 2025 löst eine Debatte über Kosten, Kontrolle und Integrationschancen aus. NEOS kritisieren Hürden beim Arbeitsmarktzugang, die Grünen die Rückforderung von Bonuszahlungen. ÖVP, FPÖ und SPÖ nehmen den Bericht laut Übersicht zur Kenntnis; Grüne und NEOS stimmen dagegen.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Hilfe bei Bedarf mit Mitwirkung verbinden; Anerkennung ausländischer Qualifikationen beschleunigen.
FPÖ	Kosten und Zuwanderungsanreize reduzieren; Sachleistungskarte und engmaschige Kontrollen beibehalten.
SPÖ	Pragmatischer und sachlicher Zugang; Bericht zur Kenntnis nehmen.
Grüne	Rechtswidrige Bonus-Rückforderungen prüfen, nötige Rückzahlungen leisten und rechtliche Vorgaben umsetzen.
NEOS	Qualifikationen rascher anerkennen, Kinderbetreuung ausbauen und Integration messen; Bericht verwalte statt zu gestalten.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 6: Bericht der Landesregierung betreffend Grundversorgung – Jahresbericht 2025
Link zum Jahresbericht 2025 über die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in niederösterreich

Nach der Berichterstattung durch Abg. Jürgen Handler/FP spricht als erste Rednerin **Abg. Edith Kollermann/Neos** und beschreibt den Fall einer Ärztin, deren Abschluss in Österreich nicht anerkannt werde, die für ihr Kind keinen Betreuungsplatz hat und die bei einem noch so geringen Verdienst sofort Abzüge bei der Grundversorgungsleistung hätte. Sie stehe für viele Fälle, v.a. von oft gut qualifizierten Ukrainer*innen, die in den meisten Fällen keine Asylweber*innen sind, sondern Vertriebenenstatus haben. Sie spricht dann den eklatanten Mangel an Fachpersonal v.a. im Gesundheitsbereich an. Bis 2030 würden 9.500 Pflegekräfte fehlen. Solche Fälle fehlen im Grundversorgungsbericht 2025, der großteils Verwaltung, Tagsätze, Karten, Kontrollen und ähnliches thematisiere. Im Bericht, der am 30. September eingelangt sei, stehe, dass eine Verlängerung des Vertriebenenstatus über März 2027 hinaus noch nicht gesichert sei. Im Amtsblatt der EU stehe aber schon seit 4. August, dass es eine Verlängerung bis 2028 gebe.

Die Abgeordnete geht dann auf die Sachleistungskarte ein, die im Bericht als „bewährt“ und „reibungslos“ beschrieben wird. Bewährt habe sich die Stigmatisierung der Benutzer und die Tatsache, dass ihnen das Leben schwerer gemacht wurde. Sie geht dann noch auf einige Zahlen ein und hält fest, dass man auf Grund der demographischen Entwicklung Österreichs an rascher Integration der Zugewanderten und Nutzung deren Qualifikationen großes Interesse haben müsste. Gerade in der Pflege und Elementarpädagogik würden Fachkräfte dringend gesucht. Eine raschere Anerkennung von Qualifikationen und Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen sei daher prioritär.

Abg. Kollermann geht dann auch noch auf die Pflichten von Leistungsbezieher*innen ein und fordert ein Integrations-Monitoring in NÖ. Ob Integration gelinge, entscheide sich in den Gemeinden, Schulen und Betrieben. Abschließend stellt sie fest, dass dieser Bericht verwalte, eine Regierung solle jedoch gestalten. Deshalb werde ihre Fraktion den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.



GEHÖRT GEHÖRT:

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne spricht zu einem Thema im Bereich Grundversorgung, das in NÖ ziemlich viel Staub aufgewirbelt hat. Er beschreibt die merkwürdige Tatsache, dass Ukrainer*innen im August 2025 im Bezirk Amstetten Briefe von der Bezirkshauptmannschaft bekommen hätten, in denen sie zur Rückzahlung von Klimabonus, Antiteuerungsbonus etc. aufgefordert worden seien. Dies könne in einem Betrag

erfolgen oder es würden ihnen Raten von 100 € monatlich von der Grundversorgung abgezogen.

Der Abgeordnete anerkennt die im Grundversorgungbericht erwähnten Leistungen der Flüchtlingsstelle des Landes, die in Spitzenzeiten bis zu 12.300 Menschen zu versorgen hatte (siehe S. 7 des Jahresberichts/ Anm.#zH). Was aber im Bericht nicht erwähnt werde, seien die Rückforderungen, obwohl im Jahr 2025 die genannten Briefe verschickt worden seien.

Abg. Hörlezeder geht dann auf die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtshofs ein, der die Rückzahlungsforderung als unzulässig erkannte, da sowohl Klimabonus, als auch Anti-Teuerungsbonus nicht als „anrechenbares Einkommen in der nö. Grundversorgung“ zu beurteilen seien.

Dies gehe konform mit dem Klimabonusgesetz des Bundes, in dem ebenfalls stehe, dass der regionale Klimabonus nicht als „Einkommen“ zu werten sei. Das sei geltendes Bundesrecht. Es fehle in NÖ für die Grundversorgung eine Verordnung, ähnlich jener, die bei der Sozialhilfe den Klimabonus anrechenfrei stellt. Solche Verordnungen zu erlassen fordere seit über zehn Jahren das Grundversorgungsgesetz. Der Abgeordnete wirft auch der ÖVP vor, in dieser Sache säumig gewesen zu sein, da Verordnungen immer Angelegenheit der gesamten Landesregierung seien.

Man habe in formlosen Schreiben anstelle von Bescheiden die Kürzungen angekündigt, für die gerichtlich geforderten Rückzahlungen jedoch eine „Prüfung“ angekündigt. Korrekt wäre gewesen, vorher zu prüfen und nachher zu kürzen. Das Land habe daher sämtliche betroffenen Fälle zu prüfen und notwendige Rückzahlungen zu leisten, denn die Politik habe dem Recht zu folgen und nicht umgekehrt.

Abg. Kathrin Schindele/SP schickt voraus, dass ihre Fraktion einen pragmatischen und sachlichen Zugang zu diesem Bericht habe und kündigt an, dass ihn die SP zur Kenntnis nehmen werde. Aber es sei gutes Recht anderer, diesen Bericht anders zu lesen oder zu interpretieren. Sie geht dann auf einige Fakten im Bericht ein und meint abschließend, zukünftige geopolitische Entwicklungen seien nicht vorhersehbar.

Der **FP-Abgeordnete Andreas Bors** hält fest, wenn vom Grundversorgungsbericht gesprochen werde, müsse auch über die Frage gesprochen werden, wie mit dem Steuergeld der Landsleute umgegangen werde und ob NÖ auch weiterhin für Sicherheit, Ordnung und klare Regeln stehe. Er geht dann rasch auf Sozialbetrug im Rahmen von 150 – 160 Mio. € ein und erklärt, dass 75% der Fälle von Ausländern verübt worden seien. Das Ziel der FPÖ sei es, die Anreize für illegale Zuwanderung auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, Missbrauch konsequent zu verhindern und die Kosten für die Steuerzahler*innen so gering wie möglich zu halten. Zum Unterschied von anderen Bundesländern dürfe NÖ kein Magnet für illegale Migration sein. Er geht dann auf einige Details des Berichts ein und nennt die abnehmenden Zahlen von Menschen in der Grundversorgung und einer rückläufigen Anzahl an Asylquartieren und reduzierten Kosten.

Auch Abg. Bors lobt die im Bericht genannte Sachleistungskarte in höchsten Tönen und behauptet, diese Karte habe sich bewährt. Es brauche keine zusätzlichen und großzügigen Bargeldleistungen, die weitere Anreize schaffen würden. Von linker Seite sei immer wieder Kritik gekommen, aber man sei den konsequenten Kurs weitergefahren und habe sich nicht beirren lassen. Es stehe nicht die Frage im Vordergrund, wie das Grundversorgungssystem möglichst attraktiv gemacht werden könne, sondern wie es möglichst effizient, kontrollierbar und kostensparend zu gestalten sei.

Im Bericht sei auch der Punkt „Kontrolle“ angeführt. Bei privat untergebrachten Bezieher*innen reiche nicht mehr, im Melderegister aufzuscheinen, sondern man müsse sich seit Mai 2025 bei den Bezirksverwaltungsbehörden melden. Wer nicht erscheine, werde aus der Grundversorgung entlassen.

Wie so oft werden auch Wünsche, oder eher Forderungen der FPNÖ an die Bundesregierung artikuliert und ein effektiver Grenzschutz gefordert, um die illegale Migration einzudämmen. Es brauche rasche Asylverfahren, die tatsächliche Außerlandesbringung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht im Land und ein Ende der Anreize, die Österreich für illegale Migration so attraktiv machen.

Insgesamt zeige der Bericht eine erfreuliche Entwicklung – weniger Menschen in der Grundversorgung, weniger Unterkünfte und sinkende Kosten.

Für die Zukunft sei das Ziel klar: so wenig illegale Migration wie möglich und so viel Kontrolle wie möglich, „…denn NÖ muss als Asylstandort so unattraktiv wie nur möglich sein und das auch bleiben. (Minute 8:04) Denn wir müssen in erster Linie hier für unsere Menschen da sein - nämlich die, die hier leben, die hier arbeiten und die unser Land aufgebaut haben und genau dafür stehen wir Freiheitliche“.

#zusammenHaltNÖ Kommentar und Faktencheck:
es ist evident, dass die FPÖ mit mantraartiger Wiederholung von Schlagwörtern und Stehsätzen der Bevölkerung förmlich mit dem Holzhammer Verunsicherung, Ängste und die darauffolgenden Heilsversprechen ihrer Partei einhämmern will. So spricht auch Abg. Bors wiederholt von „illegaler Migration“, davon, dass NÖ als Asylstandort so unattraktiv wie möglich gemacht wer-

*den solle, und betont mehrfach die engmaschige Kontrolle, die bereits grundsätzliches und deutliches Misstrauen Asylwerber*innen gegenüber impliziert.*

Was er natürlich nicht sagt, ist die Tatsache, dass Geflüchtete, die an der österreichischen Grenze oder einer Polizeistation Asyl beantragt haben, in Österreich völlig legal aufhältig sind und dass es außerdem praktisch keine „legalen Fluchtwege" mehr gibt.

Als letzter Redner spricht Abg. Anton Erber/VP und meint, Menschen entlang ihrer Wertehaltung einteilen zu können. Ukrainer*innen wären mit „unserer Wertehaltung" nach Meinung des Abgeordneten offenbar eher kompatibel, während Menschen aus anderen Kulturkreisen schwerer integrierbar seien.

Er nennt dann einige Zahlen Neuankünfte und Abschiebungen bzw. unbegleitete Minderjährige betreffend und geht auf die Kosten für Bund bzw. Land ein. Auch wünsche er sich eine Beschleunigung der Nostrifikationsprozesse von gut qualifizierten Menschen. In NÖ würden Menschen Hilfe bekommen, wenn sie diese brauchen, müssten aber auch Leistungen erbringen, wenn sie dies könnten.

Weiterlesen und Quellen

FPÖ: "Befürchtungen bestätigt" – Sozialleistungen: Asylwerber ergaunert fast 350.000 € | Heute.at, 09.06.2026

Finanzpolizei deckt systematischen Sozialleistungsbetrug mit Briefkastenfirmen auf, Finanzministerium, 29.05.2026

Marterbauer: "Null Toleranz" – Systematischer Betrug – Mama und Sohn zockten Staat ab | Heute.at, 12.05.2026

Asylwerber: 600.000 Stunden gemeinnützige Arbeit seit 2024 - news.ORF.at, 28.03.2026

WKO fordert mehr Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch - news.ORF.at, 17.09.2025

Abgaben- und Sozialbetrug auf Baustellen - wien.ORF.at, 25.07.2025

Mehr Kontrollen, neue Gesetze: Marterbauer will Betrugsbekämpfung verschärfen | Kurier, 13.07.2025

Sozialleistungsbetrug: 2024 über 5.000 Tatverdächtige - news.ORF.at, 31.05.2025

Zahl an Betrugsfällen steigt, BMI-Öffentliche Sicherheit, 09-10/2024

TO 08 / BERICHT UND EINORDNUNG

Notarztversorgung und Gesundheitsplan

Im Zentrum steht die Frage, ob vor der geplanten Umstellung der Notarztversorgung gleichwertige Ersatzstrukturen vollständig bereitstehen. Die SPÖ fordert deren nachweisliche Umsetzung vor Schließungen. ÖVP, FPÖ und NEOS tragen den Ausschussantrag; der SPÖ-Abänderungsantrag erhält mit SPÖ und Grünen keine Mehrheit.



Foto: Vitaly Gariev / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Gesundheitsplan umsetzen; Umsetzungsstrategie der zuständigen Landesrätin und sachliche Information der Bevölkerung verlangen.
FPÖ	Am Gesamtplan festhalten; mindestens gleichwertiger Ersatz und funktionierende Versorgung seien Voraussetzung.
SPÖ	Keine Schließung vor vollständig funktionsfähigem Ersatz und flankierenden Maßnahmen; Termin April 2027 angesichts offener Punkte hinterfragen.
Grüne	Schließungen stoppen und Basis der Rettungsorganisationen einbeziehen; widersprüchliche SPÖ-Positionen kritisieren.
NEOS	Gesundheitsplan weiter unterstützen; regionale Kommunikation verbessern und bei Problemen vor Umstellung nachjustieren.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 8: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend konsequente Umsetzung des Gesundheitsplanes: Aufrechterhaltung und Verbesserung der notärztlichen Versorgung in Niederösterreich

Und wieder einmal stand der NÖ Gesundheitsplan auf der Tagesordnung. **Die drei ursprünglichen Anträge der SPÖ NÖ** wurden – wie so oft - durch einen §34er-Antrag „miterledigt“ und somit abgeschmettert.

Links zu den **ursprünglichen drei Anträgen**:

- IA VerhandlungsgegenstandLtg.-1071/XX-2026 – Erhalt des Notarztstützpunktes Ybbs-Persenbeug: Keine Schließung ohne gleichwertigen Ersatz
- IA VerhandlungsgegenstandLtg.-1072/XX-2026 – Erhalt des Notarztstützpunktes Retz: Keine Schließung ohne gleichwertigen Ersatz
- IA VerhandlungsgegenstandLtg.-1073/XX-2026 – Erhalt des Notarztstützpunktes Waidhofen an der Ybbs: Keine Schließung ohne gleichwertigen Ersatz

Link zum Antrag des Gesundheitsausschusses, **eingebracht durch VPNÖ und FPNÖ.**

In diesem Antrag wurden viele Argumente wiederholt, die bereits in mehreren Landtagssitzungen detailliert vorgebracht und diskutiert wurden und in den Impressionen genau thematisiert wurden. Daher werden in dieser Ausgabe nur mehr neue Argumente genauer beschrieben.

Nach der Berichterstattung durch Abg. René Pfister/SP spricht als erste Rednerin **Abg. Edith Kollermann/Neos**. Sie wirft der SPÖNÖ vor, beim Gesundheitsplan mitgestimmt zu haben und jetzt in den Regionen Widerstand anzuzetteln. Woher sollten die Notärzt*innen kommen,

die derzeit fehlen? Die sich organisierenden Bürgerinitativen sein Ausdruck von Angst durch fehlende Kommunikation. Neos würden weiterhin zum Gesundheitsplan stehen, aber es müssten in den Regionen klare Informationen zu Details bekanntgegeben werden und falls sich vor dem Umstellungsdatum Probleme ergeben sollten, müsse auch nachjustiert werden. Außerdem müssten die Landesrätin (Eva Prischl/SP – Anm.#zH) bzw. die LGA und Rettungsorganisationen in die Gemeinden fahren und mit den Menschen reden. Abschließend ruft die Abgeordnete alle Menschen auf, durch Auffrischen ihrer Erste Hilfe-Kenntnisse, die bei Notfällen wertvollen Minuten zu nutzen bis die professionellen Retter kommen.

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne vergleicht den Gesundheitsplan mit Chaos. Er geht dann auf die Unterschriftkampagnen in den betroffenen Orten ein, die Ausdruck der Angst der betroffenen Menschen sei. Der SPÖ mit LRin Eva Prischl wirft er vor, der Schließung der Notarztstützpunkte in vollem Bewusstsein zugestimmt zu haben und gleichzeitig den Leuten in den Gemeinden zu erzählen, gegen die Schließungen zu sein. Was die SPÖ unter LR Hergovich jetzt mache, sei zutiefst unredlich. Und er ruft LRin Prischl auf, die Schließung der Notarztstützpunkte zu stoppen, dies vorher in ihrem Ressort auszuarbeiten und der Landesregierung vorzulegen. Man werde sehen, wie die Landesregierung darauf regiere. Die derzeitige Vorgehensweise sei jedenfalls unehrlich und fragwürdig.

Nach Klärung der politischen Fronten in Bezug auf den Gesundheitsplan 2024+ erklärt **Abg. Rainer Spenger/SP,** dass seine Fraktion zwar dem Plan zugestimmt habe, aber nicht mehr sicher sei, ob bis zum 1. April 2027, dem anvisierten Termin für die Schließung von elf Notarztstützpunkten, der im Gesundheitsplan zugesagte adäquate Ersatz vorhanden sei. Als Beispiele nennt er die geplante Erhöhung der Helikopterlandeplätze an zentralen Klinikstandorten von 15 auf 18, die sich noch in der Evaluierungsphase befinde. Damit werde ein zentrales Element des Gesundheitsplans nicht erfüllt. Ein weiteres Element sei die verbindlich zugesagte Ausstattung bzw. Aufrüstung der Notarzthubschrauber mit PinS/Point-in-Space/satellitengestützte Navigation. Dies ermögliche den Einsatz auch bei Schlechtwetter und in der Nacht. Niemand könne jedoch derzeit sagen, bis wann das erledigt sei. Eine weitere Vereinbarung im Gesundheitsplan sei die Erhöhung der Zahl der ACN-Standorte von sechs auf zehn. Das sei jetzt erst für 2028 eingeplant. Dabei sollten diese ACN-Fachkräfte (Acute Community Nurses/Anm.#zH) auch als Entlastung der Notfallversorgung und zur Unterstützung der Erstversorgung dienen, besonders an Wochenenden, Feiertagen und Tagesrandzeiten. Als letzten Punkt nennt er die diplomierten Notfallsanitäter*innen und begrüßt die geplanten Qualifizierungsmaßnahmen. Diese Ausbildung brauche Zeit und werde sicher nicht bis April abgeschlossen sein.

Wenn die personellen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, könne es keinen gleichwertigen Ersatz geben. Im Ernstfall entscheide nicht der Standort oder die Landkarte über Menschenleben, sondern die zur Verfügung stehende medizinische Kompetenz. Somit seien maßgebliche Vereinbarungen im Gesundheitsplan nicht erfüllt und deshalb sei es unverantwortlich, wohnortnahe, bodengebundene Notärzte zu streichen. Abg. Spenger kritisiert am Ausschussantrag, dass weder Hubschrauberlandeplätze noch ACNs Teil der präklinischen Notfallversorgung seien. (zumindest was die ACNs/Acute Community Nurses betrifft widerspricht hier die VPFP-Koalition ihren eigenen Angaben aus dem Jahr 2019, als die Ausbildung der ACNs in einem Pilotprojekt unter LR Eichtinger gestartet wurde/ Anm.#zH; siehe auch Faktencheck). Beides seien Rahmenbedingungen für die Parteienübereinkunft gewesen. Eine Zustimmung zum Gesamtpaket bedeute nicht, dass nach Belieben einzelne Punkte umgesetzt würden, während man andere offenlasse.

Der Abgeordnete greift dann noch auf einige andere Zahlen im Ausschussantrag auf (Video ab Minute 09:12) und geht v.a. auf die 30.000 Notarzteinsätze in NÖ/Jahr bzw. mehr als 80 Einsätze/Tag ein und meint, dass hier in Zukunft offenbar gespart werden solle.

Angesichts all der offenen Punkte sei der 1. April 2027 völlig unrealistisch und daher nicht zu halten. Er verstehe den Zeitdruck nicht, der hier von ÖVP und FPÖ aufgebaut werde. Man möge mit den Menschen reden und in die Gemeinden fahren. Diese Reform sollen nicht verhindert werden, weil sie notwendig sei. Seine Fraktion verlange aber, dass die Ersatzstrukturen zur Gänze umgesetzt sind und die Versorgung sichergestellt sei. Auch eine finale Beurteilung die längeren Transportzeiten betreffend sei eine der SP-Forderungen. Schließlich fehle im Beschlusstext die ausdrückliche Absicherung für die drei betroffenen Standorte Waidhofen/Ybbs, Retz und Ybbs-Persenbeug.

Abg. Spenger bringt schließlich einen Abänderungsantrag ein, mit der Forderung, die genannten Notarztstützpunkte so lange aufrechtzuerhalten, „bis ein zumindest gleichwertiger Ersatz, sowie sämtliche im Gesundheitsplan NÖ 2040+ vorgesehenen flankierenden Maßnahmen vollständig sichergestellt und funktionsfähig umgesetzt sind und dadurch das bisherige Versorgungsniveau in der Region dauerhaft gewährleistet bleibt“.

#zusammenHaltNÖ stellt fest,
*dass es manchen ÖVP-Mandataren, wie dem VP-Landesgeschäftsführer Matthias Zauner offenbar an guter Kinderstube fehlt. Er fällt immer wieder durch laute Zwischenrufe auf und unterbricht dadurch die gerade am Wort befindlichen Redner*innen. Ein anmaßendes und inakzeptables Verhalten! (Video, Minute 07:09: schließlich muss LT-Präsidentin Elvira Schmidt/SP einen Ordnungsruf in Richtung der ÖVP-Riege erteilen)*

#zusammenHalt-Faktencheck

Auf der Homepage des Landes NÖ ist bis heute noch die Information aus dem Jahr 2019 zu finden, mit dem Titel: „Land NÖ fördert Kombi-Ausbildung von Sanitätern und Pflegern für präklinische Versorgung". Im Text heißt es: „Mit dem Pilotprojekt „Acute Community Nurse" wird die Innovation des Lehrganges jetzt noch um einen neuen Einsatzbereich in Niederösterreich erweitert. Als sogenannte „Acute Community Nurses" können Pflegepersonen mit besonderer Expertise in der präklinischen Versorgung auch im Rettungsdienst in der Notfallversorgung tätig werden". Hat sich seit damals Wesentliches geändert?

Als nächster Redner spricht **Abg. Richard Punz/FP** und hinterfragt, mit welcher Motivation die drei Anträge von der SP eingebracht wurden. Er meint, seine Fraktion habe den Blick auf das große Ganze des Gesundheitsplans und picke nicht einzelne Punkte heraus. Der Abgeordnete behauptet, der beschlossene Weg stelle sicher, dass Ersatz für die Notarztstützpunkte gegeben, die Versorgung funktionieren und die Qualität mindestens gleichwertig sein müssten. Es sei daher unerklärlich, warum dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung komme. Auch er geht auf Details ein, die bereits in früheren Landtagssitzungen ausführlich besprochen wurden (Video ab Minute 3:34) und stellt die Frage, ob es bei der SP noch um Sachargumente gehe, oder ob bereits bekannte Positionen immer wieder öffentlich inszeniert werden sollen.

Auch der **VP-Abgeordnete Franz Dinhobl** wiederholt wieder Themen, die im Landtag bereits mehrfach ausführlich diskutiert wurden. Er fragt, warum gerade die drei Notarztstützpunkte ausgewählt wurden und nicht die acht anderen. Weiters geht er nochmals auf die Ausschusssitzung unter Vorsitz von Abg. Karin Scheele ein, bei dem Expert*innen den Politiker*innen Rede und Antwort gestanden seien und alle anstehenden Fragen beantwortet hätten (siehe Impressionen v.a. September 2026 und früher/Anm.#zH). Abschließend ruft der Abgeordnete dazu auf, die Bevölkerung nicht zu verunsichern, erwartet aber, dass in kommenden Landtagssitzungen Anträge weitere Notarztstützpunkte betreffend auf die Tagesordnung gesetzt werden würden. Und Abg. Dinhobl appelliert an Landesrätin Eva Prischl/SP, eine Umsetzungsstrategie zu entwickeln, denn dies sei man den Menschen in NÖ schuldig.

Abg. Georg Ecker/Grüne hält fest, dass die Präsidenten der Rettungsorganisationen im Gesundheitsausschuss die geplante zeitliche Umsetzung möglicherweise verteidigt hätten, an der Basis der Rettungsorganisationen gebe es jedoch starke Verunsicherung, wie er aus zahlreichen Gesprächen mit Mitarbeiter*innen erfahren habe. Man sollte daher auch mit diesen Menschen Kontakt suchen und nicht nur mit den Präsidenten.

Der Abgeordnete geht noch auf weitere offene Fragen ein, die ebenfalls schon mehrfach diskutiert wurden (Video ab Minute 1:48). Was allerdings in der Region Retz niemand verstehe, sei die Tatsache, dass im Bezirk von Abg. Ecker, wo es ein funktionierendes System gebe und alle Notarztdienste besetzt werden können, dieses System eingestellt werden solle. Was die SP allerdings betreibe, sei ein Jagen nach Headlines und Social Media Videos, denn es sei nicht zu erklären, dass unterschiedliche SP-Politiker unterschiedliche Forderungen stellten. Während die SP-Landtagsfraktion bestimmte Notarztstützpunkte nach Ersatz durch gleichwertige Angebote schließen wolle, verlange NR Abg. Alois Schroll (ehemals Bürgermeister von Ybbs/Anm.#zH) die dauerhafte Erhaltung des Notarztstützpunktes. Das sei unglaubwürdig.

Zusatzinformation

Innovationen der ÖAMTC Flugrettung Christophorus | ÖAMTC, 2026

Notarztstreit: Mahnwache und Forderungen an Landespoltik | Kurier, 16.10.2026

FPÖ-Antauer: „Voll im Zeitplan! Ab 2028 gibt es zehn ACN-Standorte in NÖ", 08.10.2026

Schließung 2027 droht: Neue Initiative kämpft für den Notarztstützpunkt Raabs - Waidhofen/Thaya, Mein Bezirk, 05.10.2026

FPÖ will Notarztthema in Waidhofen/Ybbs zu Wahlkampfthema machen | Kurier, 09.09.2026

SPÖ fordert Erhaltung der Notarztstandorte - noe.ORF.at, 20.05.2026

NÖGUS-Geschäftsbericht 2025, S. 53-ACNs zur Entlastung anderer Gesundheitsversorger.

TO 09 / BERICHT UND EINORDNUNG

Frauengesundheit und spezialisierte Versorgung

Die Debatte behandelt geschlechtersensible Forschung, Prävention und wohnortnahe Versorgung. Oppositionelle Vorschläge zielen auf ein interdisziplinäres Zentrum in Niederösterreich. Der Ausschussantrag findet Zustimmung aller Fraktionen; ein zusätzlicher NEOS-Resolutionsantrag scheitert laut Bericht an ÖVP und FPÖ.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Forschung, Ausbildung, Prävention und regionale Vernetzung stärken; wohnortnahe Betreuung ausbauen.
FPÖ	Bestehende Einrichtungen besser vernetzen; Forschung und Weiterbildung stärken und Bundespläne zu Zentren konkretisieren.
SPÖ	Interdisziplinäres Frauengesundheitszentrum in NÖ unterstützen; geschlechtersensible Medizin stärker verankern.
Grüne	Eigenes frauenmedizinisches Zentrum und spezialisierte forensische Gewaltambulanz verlangen; Ausschussantrag dennoch unterstützen.
NEOS	Land soll selbst handeln: Pilotzentrum, Gender-Medizin, Fortbildung und geschlechtsspezifische Gesundheitsdaten vorantreiben.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 9: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Stärkung der Frauengesundheit durch Forschung, Prävention und wohnortnahe Versorgung in Niederösterreich

Link zum ursprünglichen Antrag der Grünen

Link zum §34er-Antrag von VP und FP

Link zum Antrag des Gesundheitsausschusses

Wieder einmal wurde der Antrag einer Oppositionspartei durch die Koalition von VP und FP mittels eines §34er-Antrags abgeschmettert und die ursprünglichen Intentionen dadurch verwässert.

Abg. Edith Kollermann/Neos beschreibt zu Beginn ihrer Rede den Fall einer Frau, die einen Herzinfarkt erlitt, der aber auf Grund anderer Symptome als bei Männern erst sehr spät erkannt wurde. Dieses Problem betreffe die Hälfte der Bevölkerung, auch Ärztinnen, Pflegepersonal, die oft mit Wissen arbeiten müssten, das an Männern gemessen wurde. Ein weiteres Beispiel sei Endometriose, von der rund jede zehnte Frau betroffen sei. In Österreich dauere es bis zur Diagnose im Schnitt sieben Jahre. Das Problem werde in dem Antrag richtig beschrieben, doch wieder werde der Bund aufgefordert, aktiv zu werden, zu forschen, einen Finanzierungsplan zu erstellen. Und NÖ solle darauf hinwirken. Die Abgeordnete meint, NÖ solle nicht hinwirken, sondern auch handeln. Die LGA/Landesgesundheitsagentur gehöre dem Land. Es könnte an einer der nö. Universitätskliniken ein Pilotzentrum für Frauengesundheit eingerichtet werden. Innsbruck und Wien zeigen, dass es geht, warum also nicht Niederösterreich? Mit der Karl-Landsteiner-Universität in Krems habe man eine Gesundheitsuniversität, die mit den Kliniken in Krems und Tulln zusammenarbeitet. Dort könnte Gender-Medizin ein Schwerpunkt in Forschung und Lehre werden. Dafür brauche es keine Erlaubnis aus Wien. Weiters könne geschlechtersensible Medizin fixer Bestandteil der Fortbildung in den nö. Landeskliniken für Ärzt*innen und Pfleger*innen werden.

Die Gesundheitsdaten im Land könnten konsequent nach Geschlecht ausgewertet und offengelegt werden.

Und zusätzlich stelle der Bund stellt heuer und im kommenden Jahr Geld für Frauengesundheitszentren zur Verfügung. Wer ein fertiges Konzept bereit habe, sei im Vorteil.

Frauen hätten das Recht gehört und ernst genommen zu werden. Frauengesundheit sei kein Wunschzettel an den Bund. Sie sei eine Aufgabe für NÖ. Es gebe die Kliniken, die Universität und das Wissen. Abg. Kollermann bringt abschließend einen Resolutionsantrag ein, mit

den von ihr mündlich geäußerten Vorschlägen und Forderungen an die Landesregierung (Video ab Minute 4:40).

Dieser Antrag wurde - wie fast immer bei Anträgen der Opposition - von VP und FP abgelehnt. Somit war keine Mehrheit gegeben.

Klubobfrau Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne berichtet über ihre Erfahrungen bei ihrer Sommertour, bei der sie von vielen Frauen über ihre sehr frauenspezifischen Erkrankungen oder gesundheitlichen Probleme erfahren habe und dass Diagnosen oft mehr als ein Jahr dauern würden. Sie habe den Sommer über Datenmaterial der EU und internationale Vergleiche über geschlechterspezifische Erkrankungen studiert. Man wisse heute, dass innerhalb von Europa 50 % bis 75 % der Frauen häufiger unter Nebenwirkungen von Medikamenten leiden als Männer, weil in klinischen Studien meist Männer als Probanden heranziehe, die nicht diese Hormonschwankungen hätten wie Frauen. Deshalb gebe es oft späte oder falsche Diagnosen und manchmal würden Beschwerden sogar mit Psychosomatik abgetan. Die Begrifflichkeit für solche vorerst unerklärbare Symptome werde als „Medical Gaslighting“ bezeichnet.

Die Abgeordnete schlägt vor, dass auch in NÖ ein frauenmedizinisches Zentrum in St. Pölten oder Wiener Neustadt eingerichtet werden solle. Für Endometriose gebe es bereits ein Zentrum in Melk. Sie sei enttäuscht über den Antrag von VP/FP, in dem auf 53 geplante Gesundheitszentren für Frauen hingewiesen wird, die der Bund irgendwann einrichten sollte. Weiters werde im Antrag auf Prävention und wohnortnahe Versorgung verwiesen. Und hier würden die beiden Parteien ihre eigene Strategie nicht einhalten. Es gehe nicht um flächendeckende Versorgung, sondern wohnortnahe Versorgung hinsichtlich Frauenmedizin. Hier gehe es aber um interdisziplinäre Abklärung von Fällen, die niedergelassene Allgemeinmediziner*innen oder Fachärzt*innen nicht allein bewältigen können.

Der Grüne Klub habe beschlossen, dem Ausschussantrag zwar zuzustimmen, aber ihre Fraktion werde nicht lockerlassen, denn die Frauen in NÖ – mehr als die Hälfte der Bevölkerung - hätten sich das verdient.

Die 3. Landtagspräsidentin Elvira Schmidt/SP stellt fest, dass die vorherige Diskussion zum Thema Gesundheit sehr emotional gewesen sei. Jetzt – beim Thema Frauengesundheit – seien allerdings nur wenige Männer anwesend. Sie pflichtet den Reden von Abg. Kollermann und KO-Frau Abg. Krismer-Huber vollinhaltlich bei, verweist auf medizinische Studien mit männlichen und weiblichen Mäusen und sehr unterschiedlichen Forschungsergebnissen. Der jetzigen Staatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig/SP sei schon als nö. Landesrätin Frauengesundheit äußerst wichtig gewesen und sie würde sich über die Realisierung solch eines frauenmedizinischen Zentrums in NÖ sehr freuen. Sie verweist auf Wien, wo es viele interdisziplinäre Gesundheitszentren gebe und auch auf Salzburg, wo ein Frauengesundheitszentrum ähnlich funktioniere. All diese Punkte stünden im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und Neos und würden zeitnah umgesetzt. Frauen würden mehr als die Hälfte der Gesellschaft ausmachen und hätten daher das Recht auf einen festen Platz in der Gesundheitsversorgung. NÖ möge es Wien, Innsbruck und Salzburg nachmachen.

Abg. Edith Mühlberghuber/FP stimmt ihren Vorredner*innen im Großen und Ganzen zu, fordert aber eine gute, erreichbare medizinische Versorgung für Frauen. Es gebe bereits einige solche Einrichtungen und die Abgeordnete erwähnt neben den bereits genannten auch Frauengesundheitseinrichtungen in St. Pölten, Amstetten, Baden, Mistelbach und Melk. Es gebe auch erfahrene Ärzt*innen und gut ausgebildetes medizinisches Personal. Es müsse nur eine bessere Vernetzung aller bestehenden Einrichtungen geben. Die Forschung sei ein weiterer wichtiger Punkt. Dieses Wissen müsse in Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen und Gesundheitsberufen einfließen.

Auch Vorsorge und Früherkennung von Krankheiten sei ein wichtiges Thema. Zu den von der Bundesregierung angekündigten 53 Frauengesundheitszentren müsse es einen genauen Plan über die Standorte und die Finanzierung geben, denn es müssten Frauen in allen Regionen NÖs davon profitieren.

Abg. Silke Dammerer/VP leitet ihren Redebeitrag mit der Feststellung ein, dass in der Vergangenheit geschlechtsspezifische Unterschiede viel zu wenig berücksichtigt wurden und dass Frauen in klinischen Studien jahrelang unterrepräsentiert waren. Obwohl sich dies immer mehr ändere, bestünden noch immer erhebliche Wissenslücken in Bezug auf Diagnosen, Therapien und Krankheitsverläufe.

Frauengesundheit habe sich viel zu lange auf Fortpflanzung, Schwangerschaft und Geburt beschränkt. Besonders deutlich zeige sich das im Bereich der Herz- Kreislauferkrankungen. Kardiale Symptome würden bei Frauen oft stressbedingt eingestuft und dadurch oft zu spät diagnostiziert – oft mit fatalen Folgen. Was lange zu sehr vernachlässigt worden sei, seien die Wechseljahre. Deshalb sei sie LRin Teschl-Hofmeister/VP dankbar, dass sie gemeinsam mit „Welt der Frau“ und der „Katholischen Frauenbewegung die Veranstaltungsreihe „Von Pause kann keine Rede sein“ ins Leben gerufen

habe. Dies helfe, den eigenen Körper besser zu verstehen und Beschwerden rechtzeitig abklären zu lassen. Sie würden auch mehr Verständnis im persönlichen Umfeld und am Arbeitplatz schaffen. Aber auch in medizinischer Hinsicht müsse man besser werden, um lange Leidenswege zu verhindern.

Die Abgeordnete geht dann auf einige Details der Zusammenhänge zwischen hormoneller Entwicklung und gesundheitlichen Auswirkungen ein (Video ab Minute 2:19). Frauengesundheit dürfe kein blinder Fleck in der Medizin sein und in NÖ auch keine Frage des Wohnorts.

Abg. Dammerer erläutert dann den nö. Weg wohnortnaher Betreuung mit starken regionalen Strukturen und einer guten Vernetzung der medizinischen Einrichtungen. Spezialisierte Einrichtungen mit hoher Expertise könnten eng mit Ärzt*innen im niedergelassenen Bereich zusammenarbeiten. Und die Abgeordnete nennt dann einige dieser spezialisierten Zentren.

In Richtung Abg. Krismer-Huber sagt sie dann, dass alle nö. Kliniken auch Gewaltambulanzen seien, die an 7 Tagen 24 Stunden geöffnet seien und kostenlos und ohne Voranmeldung mit der Möglichkeit einer stationären Aufnahme zur Verfügung stünden. Das alles würde eine zentrale Gewaltambulanz nicht bieten. Im VPFP-Antrag gebe es vier Schwerpunkte: Forschung, Ausbildung, starke Prävention inkl. HPV-Prävention und wohnortnahe Versorgung.

Klubobfrau Abg. Krismer-Huber/Grüne meldet sich nochmals zu Wort um mit Abg. Dammerer/VP einige Dinge klarzustellen. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, würde an allen Kliniken des Landes geholfen. Aber es gebe in NÖ keine Gewaltambulanz wie in Wien oder Linz. Es gehe hier um Gerichtsmedizin und Forensik, um vor Gericht eine Chance zu haben. Das sei somit ein großer Unterschied und es wäre hoch an der Zeit, sich auch in NÖ solch eine Einrichtung zu leisten.

Zu Abg. Mühlberghuber/FP meint sie, es gehe nicht darum, die Frauen durchs Land zu schicken, sondern unklare Fälle mit Spezialist*innen an solch einem Zentrum per Videokonferenz zu besprechen. Frauen in NÖ würden sich sowohl eine Gewaltambulanz, als auch ein interdisziplinäres frauengesundheitsspezifisches Zentrum verdienen.

#zusammenHalt-Faktencheck

Trotz intensiver Suche waren in den von Abg. Mühlberghuber genannten Orten nur gynäkologische Abteilungen in Krankenhäusern oder gynäkologische Fachärztinnen, tw. Frauenberatungsstellen, aber keine Frauengesundheitszentren zu finden.

Zusatzinformation

Frauengesundheitsmesse 2026 „Gesundheit für Sie“, ÖGK 2026

Frauengesundheitszentrum Salzburg, 2026

Frauengesundheitszentrum Graz, 2026

Linzer Frauen Gesundheitszentrum, 2026

Frauengesundheitszentrum Wels PROGRES, 2026

Frauengesundheit Wien, Stadt Wien, o.D.

Gemeinsame Einrichtung für Gendermedizin, MedUni Innsbruck, o.D.

TO 11 / BERICHT UND EINORDNUNG

Landesrechnungshof und öffentliche Kontrolle

Die dokumentierten Wortmeldungen würdigen die Arbeit des Landesrechnungshofs. Unterschiede zeigen sich bei zusätzlichen Kontrollrechten, künftigen Prüfungen und der Umsetzung von Empfehlungen. Der Tätigkeitsbericht wird laut Übersicht von allen fünf Fraktionen zur Kenntnis genommen.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Umgesetzte Empfehlungen zu Sonderschulen, Musikschulförderung und Amtshaftungsausgleichsfonds hervorheben.
FPÖ	Geplante Prüfungen zum Klinikneubau Wiener Neustadt und zur Feuerwehrhausförderung besonders betonen.
SPÖ	Sachliche Grundlage zur Beurteilung des Steuergeldeinsatzes würdigen; Qualität und öffentliche Reichweite hervorheben.
Grüne	Zustimmung laut Abstimmungsübersicht; keine eigene Wortmeldung im Bericht dokumentiert.
NEOS	Rederecht des Landesrechnungshofs, Prüfung kleinerer Gemeinden und mehr Transparenz bei Gemeindeverbänden fordern.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 11: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeiten 2025 (Bericht 6/2026)

Link und Auszug aus dem Bericht: „Mit seinen Berichten beziehungsweise Tätigkeitsberichten informiert der Landesrechnungshof umfassend über seine Überprüfungen sowie über seine Aufgaben, Leistungen und Wirkungen. Auf seiner weitgehend barrierefreien Website veröffentlicht er neben den Berichten weitere Informationen, die von allgemeinem Interesse sein könnten. In der Wissensbilanz spiegeln sich die fachliche und methodische Expertise, die hohe soziale Kompetenz und der große persönlichen Einsatz der Mitglieder des Landesrechnungshof-Teams wider, die keine Künstliche Intelligenz ersetzen kann. Mit deren Anwendung entwickeln wir die Finanzkontrolle weiter“.

Beim Bericht zur Tätigkeit des Landesrechnungshofes 2025 wurde über alle Fraktionen hinweg großes Lob für die wertvolle und objektive Arbeit des Teams um Landesrechnungshofdirektorin Edith Goldeband ausgesprochen. Die Redner*innen der einzelnen Fraktionen bedankten sich für die „akribische, hartnäckige und wertvolle Arbeit“ **(Abg. Indra Collini/Neos)** und die genaue Recherchearbeit. Während sich die Neos-Abgeordnete ein Rederecht für den Landesrechnungshof im Landtag und ebenso eine Prüfung auch kleinerer Gemeinden, sowie mehr Transparenz bei den Gemeindeverbänden wünscht, seien für den **Abg. Helmut Fiedler/FP** wesentliche Punkte im Bericht die geplante Prüfung der Projektentwicklung beim Klinikneubau in Wr. Neustadt sowie die Feuerwehrhausförderung.

Abg. Lukas Michlmayr/VP erwähnt einige Empfehlungen, die umgesetzt wurden, wie Verbesserungen bei den niederösterreichischen Landessonderschulen, Änderungen bei der Förderung der Musikschulen und die Umsetzung der Empfehlung beim Amtshaftungsausgleichsfonds. Im Tätigkeitsbericht 2025 sieht **Abg. Doris Hahn/SP** eine gute, solide und sachliche Grundlage zur Beurteilung der Verwendung von Steuergeldern. Lobend erwähnt die SP-Abgeordnete auch das zum dritten Mal in Folge zuerkannte Qualitätszertifikat „Effective CAF user“ und die 920.000 Website-Zugriffe. Dies unterstreiche nur, auf welch hohem Niveau hier gearbeitet werde.

TO 12 / BERICHT UND EINORDNUNG

Stromnetze und faire Ausbaukosten

Der Rechnungshofbericht thematisiert steigende Netzentgelte, fehlende Gesamtplanung und ungenutzte Möglichkeiten intelligenter Netznutzung. In der Debatte steht eine bundesweit gerechtere Verteilung der Ausbaukosten im Vordergrund. Alle Fraktionen nehmen den Bericht laut Übersicht zur Kenntnis.



Foto: Michael Förtsch / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Netze für dezentrale Erzeugung modernisieren und Ausbaukosten bundesweit gerechter verteilen.
FPÖ	Langfristigen Ausbauplan und koordinierte Energiepolitik fordern; Klimaziele und einseitige Belastung NÖs kritisieren.
SPÖ	Steigenden Strombedarf berücksichtigen; Infrastruktur finanzieren, ohne NÖ überproportional zu belasten.
Grüne	Umsetzung des gemeinsamen Landtagsbeschlusses zur fairen Verteilung der Netzkosten einfordern.
NEOS	Gesamtplan für Versorgungssicherheit und faire Netzgebühren; Klimaziele bleiben notwendig.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 12: Bericht des Rechnungshofes betreffend Transformation der Stromverteilernetze (Reihe Niederösterreich 2026/3)

Link zum Bericht des Rechnungshofs Österreich:

Die Entgelte in den Netzbereichen Niederösterreich und Wien stiegen von 2015 bis 2025 deutlich an und werden bis 2030 aufgrund anhaltend hoher Investitionen noch weiter steigen. Rechtliche Bestimmungen, die kapitalintensive Netzausbauten vermeiden oder zumindest verringern konnten, wurden mehr als sechs Jahre nicht umgesetzt. Ohne flexible und optimierte Nutzung vorhandener Netzkapazitäten durch eine intelligente Laststeuerung waren aber gesamtwirtschaftliche Mehrkosten nicht auszuschließen, etwa höhere Stromkosten und Netzentgelte sowie verlangsamter Erneuerbaren-Ausbau. Es bestehe Handlungsbedarf. Ein langfristiger Gesamtplan zur Transformation der Stromnetze sollte erarbeitet werden, der Handlungsfelder und den Anpassungsbedarf aufzeigt.

Laut Abg. Christoph Müller/Neos brauche es einen Gesamtplan für die Versorgungssicherheit. Windstrom und Solarstrom würden zusätzliche Verteilernetze notwendig machen. Ebenso brauche es eine faire Verteilung der Netzgebühren zwischen allen Bundesländern. An den Beschluss des NÖ Landtages von April 2024, die Netzausbaukosten bundesweit gerecht zu verteilen, erinnert **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** und fragt, weshalb der Landtagsbeschluss auf Bundeseben noch keine entsprechende Umsetzung erfahren habe. Die Bedeutung der Stromkosten für den Wirtschaftsstandort thematisiert **Abg. Franz Schnabl/SP** und weist auf den um 60 bis 70 % zu erwartenden Anstieg des Stromverbrauchs in den nächsten zehn Jahren hin. Auch Abg. Schnabl erinnert an den gemeinsamen Landtagsbeschluss und fordert für die entsprechenden Investitionen in die Infrastruktur ein Finanzierungsmodell, wo Niederösterreich nicht überproportional belas-

tet werden dürfe. Ein „vernichtendes Zeugnis für die Energiepolitik der vorherigen Regierung“ will **Abg. Dieter Dorner/FP** aus dem Rechnungshofbericht herauslesen. Für ihn habe ein langfristiger Ausbauplan gefehlt. Ebenso seien die österreichischen Klimaziele seiner Ansicht nach überzogen. Besonders kritisiert er die Tatsache, dass Niederösterreich einen wesentlichen Beitrag zur Stromerzeugung für ganz Österreich leiste, die Netzausbaukosten aber größtenteils von den niederösterreichischen Kund*innen getragen werden müssten. Daher verlangt der FP-Abgeordnete eine koordinierte Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit garantiere.

In einer nochmaligen Wortmeldung betont Abg. Christoph Müller/Neos, dass die Klimaziele sehr wohl wichtig seien und man dem Klimawandel entgegenwirken müsse. Denn durch den Klimawandel seien 2024 Schäden von fast sechs Milliarden Euro entstanden.

Abg. Josef Edlinger/VP betont, dass durch die Energiewende eine Modernisierung der Stromnetze notwendig sei, da die zunehmende, dezentrale Stromerzeugung den Ausbau und die Ertüchtigung der Stromnetze erfordere. Dies sei eine enorme Herausforderung. Abg. Edlinger behauptet, Netz Niederösterreich sei einer der sichersten Stromnetze. Es müssten jedoch die Netzausbaukosten auf Bundeseben gerechter verteilt werden und beruft sich dabei auf entsprechende Initiativen.

TO 13 / BERICHT UND EINORDNUNG

FOTEC zwischen Forschung und Finanzierung

Der Bericht stellt die Forschungsleistung von FOTEC einer wirtschaftlich angespannten Lage gegenüber. Die Debatte verlangt strategische Klarheit, wirtschaftliche Steuerung und einen sorgsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Alle Fraktionen stimmen der Kenntnisnahme zu.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Zustimmung laut Abstimmungsübersicht; keine eigene Wortmeldung im Bericht dokumentiert.
FPÖ	Fachwissen erhalten und bei Forschung nicht sparen; Abläufe verbessern und Einsparungspotenziale nutzen.
SPÖ	Forschungsstandort absichern, klare Ziele setzen und wirtschaftlich handeln; Frauen in Spitzenforschung stärker einbinden.
Grüne	Politische Verantwortung mit der zugespitzten Aussage zum System Schneeberger thematisieren.
NEOS	Strategie, messbare Ziele und professionelle Geschäftsentwicklung verlangen; Verkauf öffentlich entwickelter Technologie hinterfragen.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkte 13: Bericht des Rechnungshofes betreffend FOTEC Forschungs- und Technologietransfer GmbH (Reihe Niederösterreich 2026/4)
Link zum Bericht des Rechnungshofes FOTEC Forschungs- und Technologietransfer GmbH

Derzeit fehle es laut Abg. Indra Collini/Neos an einer klaren strategischen Ausrichtung und einer professionellen Geschäftsentwicklung bei FOTEC. Zwar bestätige der RH-Bericht eine ordnungsgemäße Projektabwicklung, kritisiere aber andererseits die alarmierende finanzielle Lage. So stehe die Frage im Raum, nach welchen Kriterien die mit öffentlichen Mitteln entwickelte Raumfahrttechnologie an ein privates Unternehmen verkauft wurde, und ob dies zu einem angemessenen Preis erfolgt sei. Schließlich gehe es da um den Einsatz von Steuergeld im Umfang von insgesamt elf Millionen Euro. Es gehe daher auch um die politische Verantwortung, meint Abg. Collini. Denn wenn Niederösterreich international Forschung betreiben will, brauche es einen klaren Plan, messbare Ziele und konkrete Zukunftsszenarien.

Abg. Georg Ecker/Grüne mit der kürzesten Wortmeldung des Tages: „Was Abg. Collini hier ausgeführt hat, lässt sich einfach zusammenfassen: System Schneeberger“. (Bürgermeister von Wiener Neustadt, der zuletzt Gemeindewohnungen „günstig“ verkauft hat./ Anm.#zH)

Wie wichtig die Berichte des Rechnungshofes seien, unterstreicht **Abg. Doris Hahn/SP** am Beispiel von FOTEC (Forschungsunternehmen der FH Wiener Neustadt/Anm.#zH). Das Unternehmen leiste zwar beachtliche Arbeit im Bereich der Raumfahrt, weise aber durch den Rückgang der Auftragsforschung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein negatives Betriebsergebnis auf. Kapitalrücklagen seien laut RH-Bericht aufgelöst worden und es sei auch kein Gesellschaftervertrag vorhanden. Die Abgeordnete verlangt auf Grund des RH-Berichts, dass verstärkt wirtschaftlich agiert, dass klare Ziele und Maßnahmen gesetzt werden müssten. Der Forschungsstandort Wr. Neustadt müsse abgesichert werden. Gleichzeitig vermisse Abg. Hahn aber auch eine stärkere Einbindung von Frauen in die Spitzenforschung.

Abg. Anja Scherzer/FP erwähnt die grundsätzlich positive Bewertung des Forschungszentrums FOTEC durch den Rechnungshof. Der Verkauf von Lizenzrechten und der Rückgang von kostendeckender Auftragsforschung habe FOTEC in eine wirtschaftlich kritische Lage gebracht. Die Abgeordnete meint, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei Forschung und Bildung nicht gespart werden dürfe und FOTEC verfüge über fachliches Know-how. Es sei aber auch ein sorgsamer Umgang mit Steuergeld gefordert, daher müssten laut RH-Bericht Einsparungspotenziale genutzt und Abläufe verbessert werden.

Zusatzinformation

Gemeindebau-Verkauf: 64,1 Millionen-Erlös für Wiener Neustädter Gemeindebauten - Wiener Neustadt, 19.10.2026

Wiener Neustadt hat über 1600 Gemeindewohnungen um 64,1 Millionen Euro verkauft – DiePresse.com, 19.10.2026

Gemeindewohnungen: Verkauf abgeschlossen - no-e.ORF.at, 22.09.2026

Klaus Schneeberger: Wiener Neustadts Bürgermeister verscherbelt Gemeindebauten - FALTER, 01.09.2026

Gemeindewohnungen Wiener Neustadt: Schneebergers Millionendebakel – FoB News, 25.08.2026

TO 14 / BERICHT UND EINORDNUNG

Berufsschulen und die Fachkräfte von morgen

Die duale Ausbildung wird als Erfolgsmodell gewürdigt, zugleich zeigt der Rechnungshof Handlungsbedarf bei Standorten, Kosten und Steuerung auf. Die Fraktionen verlangen moderne Ausbildung und die Umsetzung der Empfehlungen. Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.



Foto: Minh Đức / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Auslastung und Ressourceneinsatz verbessern, länderübergreifende Zusammenarbeit prüfen und Lehre attraktiver machen.
FPÖ	Grundkompetenzen und Deutschkenntnisse stärken; verbindliche Lehrpläne und vorausschauende Standortplanung sichern.
SPÖ	Ausbildungsanreize schaffen und Rechnungshofempfehlungen umsetzen; Qualität und verantwortlichen Mitteleinsatz verbinden.
Grüne	Zustimmung laut Abstimmungsübersicht; keine eigene Wortmeldung im Bericht dokumentiert.
NEOS	Standortkonzept, klare Kennzahlen und Kompetenzzentren verlangen; Gemeindefinanzierung fairer gestalten und Abbrüche reduzieren.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 14: Bericht des Rechnungshofes betreffend Berufsschulwesen (Reihe Nieder-österreich 2026/6)

Link zum Bericht des Rechnungshofs Österreich betr. „Berufsschulwesen“.

GEHÖRT GEHÖRT:

Nach dem Berichtserstatter Abg. Christian Samwald/ SP ergreift **Abg. Indra Collini/Neos** das Wort und beginnt mit einer guten Nachricht aus dem Bericht, nämlich dass die Lehre ein Erfolgsmodell sei. 58 % der Absolvent*innen hätten drei Monate nach Abschluss einen Job, die Arbeitslosigkeit liege unter dem Durchschnitt und das Einstiegsgehalt über jenem von Maturant*innen.

Gerade in Zeiten von KI sei die Lehre eine Zukunftschance und alle haptischen Berufe würden eine Renaissance erfahren. Genau deshalb verdiene sie ein Berufsschulmodell, das top sei. Da sei laut Bericht in NÖ noch Luft nach oben. Als Wirtschaftssprecherin sei sie viel in Betrieben unterwegs und der Fachkräftemangel sei immer ein Thema. Deshalb müsse man auf Berufsschulen gut schauen, denn es gehe schließlich um den Wirtschaftsstandort NÖ.

Der Bericht zeige, dass die Kosten davonlaufen, weil jegliche Steuerung fehle. Von 2021 bis 2024 seien die Ausgaben für die nö. Berufsschulen um 26 % gestiegen, der Eigenanteil des Landes sogar um 53 %, die Zahl der Schüler*innen jedoch nur um 4,5 % gewachsen. Hier gebe es also eine ziemliche Disbalance. Es gebe zu viele und zu kleine Standorte. 11 von 21 Standorten hätten weniger als 900 Schüler*innen, einer gar nur 79.

Die Abgeordnete berichtet weiters darüber, dass der Rechnungshof versuchte, ein Standortkonzept zu be-

kommen. Bekommen habe er jedoch ein Sanierungskonzept, ein Bauprogramm für die Schulen aus dem Jahr 2017, aber kein Standortkonzept. Es seien 110 Mio. € in die Sanierung hineingeflossen, aber es gebe keine Kennzahlen, keine Mindestgrößen und keine laufende Beobachtung über die Entwicklung der Standorte. Die zuständige Abteilung konnte im Vorfeld auch keinen Überblick darüber geben, wie die 110 Mio. € verwendet wurden. Diese Zahlen wurden erst während der Prüfung geliefert.

Abg. Collini nennt dann OÖ, das Vergleichsbundesland in diesem Bericht, das zeige, dass es auch anders gehe. OÖ habe eine Mindestgröße festgelegt, habe Standorte gebündelt und Kompetenzzentren geschaffen. NÖ dagegen saniere Standorte, ohne zu wissen, welche man davon in Zukunft wo noch weiter haben wolle. Es ziehe sich wie ein roter Faden durch das Bundesland, dass Strategie und Plan fehlen und man im Blindflug unterwegs sei.

Besonders bitter sei, dass die Gemeinden die Zeche zahlen müssten, denn jede Gemeinde mit einem Lehrbetrieb zahle einen Schulerhaltungsbeitrag, obwohl das Land Schulerhalter ist. In NÖ sei das pro Lehrling 1.725 €, in OÖ dagegen nur 870 €.

Als weiteren Punkt führt die Abgeordnete an, dass Talente im Berufsschulwesen verloren gingen. Nur 29 % der Berufsschüler*innen in NÖ seien Mädchen. Das sei weniger als im Österreichschnitt. Auch die Schulabbrüche seien in NÖ um fast 12 % gestiegen, während sie in OÖ deutlich gesunken seien. Die Landesregierung sage, man beobachte, arbeite an einer systematisierten Vorgehensweise, man werde das bei der nächsten Länderkonferenz thematisieren, was die Abgeordnete nicht als geeigenete Reaktion zu sehen scheint.

Der Rechnungshof sagt klar, was Lehrlinge in NÖ für ihre besten Chancen bräuchten, seien ein Berufsschulstandortkonzept mit klarer Strategie und klaren Messgrößen, Kompetenzzentren statt Gießkanne, denn jeder Euro, der in leeren Gebäuden steckt, fehle in modernen Werkstätten, in der Digitalisierung und bei den Lehrkräften. Und man brauche auch eine faire Finanzierung zur Entlastung der Gemeinden.

Abg. Collini meint abschließend, der Rechnungshof habe elf Empfehlungen an das Land NÖ gegeben und ihre Fraktion werde der Landesregierung noch einige zusätzliche Fragen stellen, „… weil die Lehre ist ein Erfolgsmodell und wir sollten wirklich dafür sorgen, dass auch die Berufsschulen top Schulen sind, weil das Handwerk ist die Zukunft“.

Der **SP-Abgeordnete René Pfister** berichtet anfangs über die zahlreichen Besuche nicht nur aus dem benachbarten Ausland, sondern sogar aus Ländern wie Kanada, die sich speziell für das Berufsschulwesen und die Berufsausbildung in Österreich interessieren. Er geht dann auf das Problem der rückläufigen Lehrlingszahlen ein. In den letzten zehn Jahren seien allein in Österreich über 20.000 Lehrplätze weniger angeboten worden. Hier brauche es Anreize, dass Lehrlinge auch ausgebildet werden.

Wichtig sei nun, dass die Empfehlungen des Rechnungshofs an die Landesregierung auch umgesetzt würden. Ziel müsse sein, eine moderne, qualitativ hochwertige Berufsausbildung anzubieten, die den Bedürfnissen der Lehrlinge, ebenso wie den Anforderungen der Betriebe entspreche, aber auch den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld sicherstelle.

Abg. Helmut Fiedler/FP thematisiert die Tatsache, dass es Lehrlinge gebe, die aus den Pflichtschulen nicht immer die nötigen Grundlagen mitbrächten und deren Ausbildungsbetriebe oder Berufsschulen dann mit ihnen Versäumtes aufholen müssten. Als Beispiele gibt er einen Bericht aus dem Jahr 2022 an, der zeige, dass 71 % der befragten Lehrbetriebe Mängel in der Pflichtschulausbildung der Lehrlinge feststellten. Für seine Fraktion bedeute das, dass in den nö. Pflichtschulen wieder sinnerfassend gelesen werden müsse, es müsse geschrieben werden und die Schüler müssten rechnen und v.a. ausreichend Deutsch können. Praktische Begabungen müssten erkannt und gezielt gefördert werden. Im Rahmen der Berufsschultour seiner Fraktion und Besuchen bei Berufsmessen in Wieselburg und Wiener Neustadt habe sich klar gezeigt, dass es viele Talente und Interessen gebe. Viele junge Menschen wüssten nicht genügend Bescheid, welche Vielfalt an Lehrberufen und tollen Möglichkeiten der Ausbildung es in NÖ gebe.

Der Abgeordnete greift dann einen Vorschlag seines Parteikollegen Christian Brenner auf, der für eine Gewerbe- und Handwerks-Mittelschule geworben habe und meint, dieser Vorschlag müsse ernsthaft geprüft werden.

Abg. Fiedler geht dann auf eine Empfehlung des Rechnungshofs ein, die erstellten Lehrpläne in Verordnungen zu gießen, was gemeinsam mit der nö. Bildungsdirektion zu tun sei. Dies schaffe Rechtssicherheit und verlässliche Ausbildungsstandards.

Hinsichtlich der derzeit 16 Standorte und zwei Exposituren der Landesberufsschulen meint der Abgeordnete, dass die bestehenden Standortkonzepte sehr dürftig seien. Man müsse sich auch die Frage stellen, welche Lehrberufe in NÖ mittel- und langfristig gebraucht würden, wie die Entwicklung der Lehrlingsschüler*innen-Zahlen in den einzelnen Sparten aussehe, ob es ausreichend Personal und Ausstattung gebe und wie

die Ausbildung in einem Flächenbundesland gut erreichbar bleibe. Die Empfehlungen des Rechnungshofs sei für seine Fraktion ein klarer Auftrag, mit den zuständigen Stellen konkrete Verbesserungen vorzunehmen. Und der Abgeordnete dankt abschließend dem Rechnungshof Österreich, allen Berufsschullehrer*innen und den Ausbildungsbetrieben in NÖ. Die solide Grundlage, verbindliche Lehrpläne und eine vorausschauende Standortplanung seien wichtige Voraussetzungen für die Fachkräfte der Zukunft in NÖ.

Als letzter Redner dieses Tagesordnungspunkts spricht **Abg. Franz Mold/VP.** Er hält fest, dass das Berufsschulwesen zusammen mit den Ausbildungsbetrieben das Fundament der dualen Ausbildung bilde und dafür sorge, dass junge Menschen nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch jene praktischen Fähigkeiten erwerben würden, die sie in ihrem späteren Berufsleben benötigen. In NÖ mit seiner starken mittelständischen Wirtschaft, seinen Gewerbe- und Handelsbetrieben, sowie den zahlreichen Lehrbetrieben im ländlichen Raum, habe die Berufsausbildung einen besonders hohen Stellenwert. Der vorliegende Rechnungshofbericht zeige, dass es im nö. Berufsschulwesen auch Handlungsbedarf gebe. Dabei gehe es, die vorhandenen Ressourcen effizient einzusetzen, die Auslastung der Schulstandorte zu verbessern und die Qualität der Ausbildung langfristig abzusichern.

Weiters werde im Bericht darauf hingewiesen, dass v.a. bei Frauen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Anteil derer, die eine Lehre absolvieren, besonders niedrig sei.

Der Abgeordnete meint abschließend, der Rechnungshofbericht solle daher ein Auftrag sein, bestehende Strukturen kritisch zu hinterfragen und zu prüfen. Dies bedeute, die Auslastung der Berufsschulen zu verbessern, die vorhandenen Ressourcen besser einzusetzen, evtl. auch über Bundesländergrenzen hinweg zusammenzuarbeiten und die Attraktivität der Lehre zu verbessern. Eine starke Lehre bedeute eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und Zukunftschancen für die Jugend.

TO 16 / BERICHT UND EINORDNUNG

Renaturierung und Hochwasservorsorge

Der SPÖ-Antrag verlangt jährlich 100 Millionen Euro für Renaturierung. Grüne unterstützen die Stoßrichtung; NEOS kritisieren die Finanzierung. ÖVP und FPÖ lehnen den Vorschlag mit Verweis auf bestehende Projekte, Eigentumsfragen und offene Finanzierung ab. Der ablehnende Ausschussantrag findet eine Mehrheit aus ÖVP, FPÖ und NEOS.

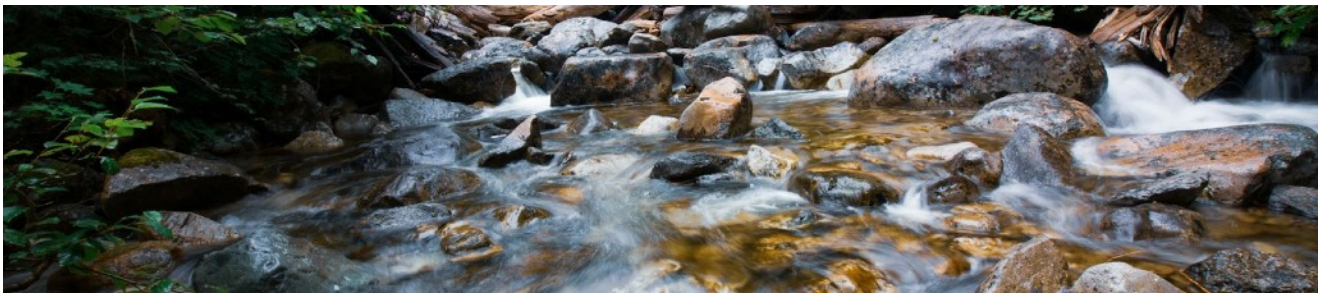


Foto: Ryan Stone / Unsplash.

Die Positionen im Vergleich

Partei	Wichtigste dokumentierte Aussagen
ÖVP	Antrag ablehnen; bestehende Projekte und Zusammenarbeit mit Gemeinden betonen, Eingriffe in ländliche Entwicklung kritisieren.
FPÖ	Antrag ablehnen; Finanzierung der EU-Vorgaben kritisieren und auf bestehende Renaturierungs- und Hochwasserschutzprojekte verweisen.
SPÖ	Jährlich 100 Millionen Euro bereitstellen; Natur wiederherstellen und Hochwasservorsorge langfristig finanzieren.
Grüne	Renaturierung ernst nehmen und freiwilliges Naturschutzengagement stärken; politische Blockaden kritisieren.
NEOS	Ziele grundsätzlich teilen, Finanzierung aus Förderungen und Generationenfonds aber ablehnen.

Ausführlicher Bericht

TO-Punkt 16: Antrag der Abgeordneten Mag. Suchan-Mayr u.a. betreffend Renaturierungsoffensive für Niederösterreich

Link zum Antrag der SPNÖ betr. „Renaturierungsoffensive für Niederösterreich“

Nach der Berichterstattung durch **Abg Michael Bierbach/SP** stimmt **Abg. Christoph Müller/Neos** grundsätzlich mit den Zielen von **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** überein, meint aber, Renaturierungsoffensiven dürften nicht zum Demokratiemonster werden. Außerdem müsse klar sein, woher die geforderten 100 Mio. € für Renaturierungsprojekte kommen sollen. 50 Mio. € sollten aus „anderen Förderungen“ kommen. Da tue er sich schwer damit, denn es stelle sich die Frage, aus welchen Förderungen dieses Geld bereitgestellt werden solle. Die zweiten 50 Mio. € sollten aus dem Generationen-fonds genommen werden, der quasi ein Sparbuch sei. Diese Gelder sollten konservativ angelegt werden und auch die Gewinne nicht ausgeschüttet werden. Leider habe die Landesregierung im letzten Doppelbudget die Büchse der Pandora bereit geöffnet und Geld aus dem Generationenfonds ins allgemeine Budget übernommen habe. Er halte das für einen Fehler und daher werde seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Klubobfrau Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne stellt zu Beginn ihrer Rede eine Verbindung zum Thema der aktuellen Stunde über das Marchfeld her und vermutet, dass sich alle Fraktionen darüber einig seien, dass die Natur unter enormem Druck stehe. Es sei ihr aber nicht vermittelt worden, dass das so wichtig sei – weder durch die Rede von Abg. Müller, noch durch die für Naturschutz zuständige Landesrätin Rosenkranz/FP, noch durch das Papier, das die Bundesregierung im September nach Brüssel geschickt habe. Sie habe nicht den Eindruck, dass man in Österreich, v.a. die ÖVP, Naturierung überhaupt möchte. Angesichts des vergan-

genen Sommers sei dies das völlig falsche Signal – auch aus dem Landtag. Es habe Arbeitsgruppen und gute Papiere gegeben, denen aber politisch wieder alles „runtergeräumt“ worden sei. Wovon NÖ zehre, seien die Ehrenamtlichen im Naturschutzbereich und die Abgeordnete berichtet von der Generalversammlung des Naturschutzbundes. Es gebe in diesem Bereich einen enormen Einsatz für Artenschutz. Man bemühe sich, Fördermittel und Gelder zu requirieren, wenn die Moore in NÖ erhalten werden sollen etc. Dies seien Projekte, die auch mit Fördermitteln der Europäischen Union realisiert werden. Vorerst gehe es ums Grundsätzliche, dass man so etwas national möchte, die Aufgaben im Kern Landeskompetenz seien und die Kompetenzaufteilung sei bei einer horizontalen Aufgabe wie Renaturierung nicht so einfach. Sie hoffe, die schwarzblaue Regierung in NÖ werde das Thema ernster nehmen, dann werde man auf fruchtbaren Boden stoßen.

Abg. Kerstin Suchan- Mayr/SP meint, die Klimaveränderung habe sich heuer mit Hitze und Trockenheit gemeldet, mit Ernteeinbußen, Futtermangel, teilweise Notschlachtungen, kranken Menschen und bis zu tausend Hitzetoten. Dies zeige, dass dringend etwas getan werden müsse und daher fordere ihre Fraktion jährlich 100 Mio. €. Doch VP und FP drücken bei Renaturierung die Stopptaste, wie es im Ausschuss geheißen habe. Dabei habe das Hochwasser 2024 schmerzlich gezeigt, was passiert, wenn die Flüsse zu wenig Raum haben. Berichte namhafter Naturschutzorganisationen zeigten, dass die Natur auch in NÖ in schlechtem Zustand sei. Mehr als die Hälfte der Fließgewässer würden den guten ökologischen Zustand verfehlen. Renaturierung sei eine Investition in die Sicherheit und Lebensqualität der Niederösterreicher*innen. Jeder Euro, der in die Wiederherstellung der Natur und Vorsorge investiert werde, könne in Zukunft Schäden und noch schwerere Folgen ersparen. Es brauche daher eine konsequente Renaturierungsoffensive mit entsprechender Finanzierung. Und die Abgeordnete schlägt 10 % der Fördermittel von 500 Mio. € vor. Dies sei eine sinnvolle Investition in die Zukunft, in nachhaltige Maßnahmen und Hochwasserschutz, spare nicht nur Geld, sondern erspare den Niederösterreicher*innen auch Ängste, Sorgen und Leid.

Die Abgeordnete geht dann auf die Tatsache ein, dass aus dem Generationenfonds von den Fondserträgen 97,7 Mio. für Ruhebezüge öffentlich-rechtlicher Bediensteter herausgenommen und damit Pensionen finanziert worden seien. Es sollten aber auch damit die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen durch eine langfristige Natur- und Hochwasserstrategie abgesichert werden. Und Abg. Suchan-Mayr appelliert an ihre Landtagskolleg*innen um Unterstützung des Anliegens ihrer Fraktion.

In ziemlich angriffigem Ton tut Abg. Alexander Schnabel/FP die Sicht seiner Fraktion kund. Er wirft der SPNÖ vor, ihr Antrag lasse die EU-Renaturierungsverordnung und die gute Arbeit, die in NÖ bereits geleistet worden sei, vermissen. Die EU-Verordnung sei allein „durch den ideologischen Blindflug und den ideologischen Alleingang der grünen Ex-Ministerin Gewessler passiert und lasse die Finanzierung noch immer offen. 2024 seien die Kosten seitens der EU auf 150 Mrd. € geschätzt, doch bis heute fehle jeglicher Finanzierungsplan. Es könne nicht sein, dass etwas in Brüssel beschlossen werde und „unsere Landsleute“ bezahlen es dann. Die „Sozialisten in NÖ“ akzeptieren diesen Missstand nicht nur, sondern legen noch eines drauf – 100 Mio. € aus der Kassa NÖs. Wenn die SPÖ schon von Renaturierung schwärme, müsste sie die Rechnung an Brüssel oder an das parteieigene Finanzministerium schicken. Und der Abgeordnete meint: „Wir werden diesem Irrsinn“ nicht zustimmen, weder auf Landesebene noch auf EU-Ebene und erklären diesen linken Träumen der Sozialdemokratie eine klare Absage“. Er nennt dann einige bereits abgeschlossene Renaturierungsprojekte an Donau, March oder Ybbs und einige Hochwasserschutzprojekte. Daher brauche es keinen roten Antrag. Ein Hochwasser wie 2024 gleiche allerdings einem tausendjährigen Ereignis und auch ohne menschliche Besiedelung hätte es massive Überschwemmungen gegeben. Deshalb fordere seine Fraktion „Naturschutz mit Hausverstand“ im Einklang mit Bauern, Gemeinden und der Natur. Es würde Planungssicherheit gebraucht und keine neuen Belastungen. Und der Abgeordnete schließt mit den Worten: „Wir stehen für Naturschutz mit Hausverstand statt ideologischer Verblendung auf Kosten unserer Landsleute und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab“.

#zusammenHalt-Faktencheck

Das „parteieigene“ Finanzministerium (©Abg. Schnabel/FP) ist ein irreführender Begriff. Das Finanzministerium ist nicht im „Besitz“ der sozialdemokratischen Partei, sondern untersteht einem sozialdemokratischen Minister und ist Teil der Bundesverwaltung. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Und außerdem gibt es im Jahr 2026 keine „sozialistische Partei“ in Österreich mehr, wie zwischen 1945 und 1991. Denn 1991 wurde auf einem Bundesparteitag die Namensänderung auf „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ beschlossen. Sollte ein Landtagsabgeordneter wissen oder recherchieren.

In etwas aufgeheizter Atmosphäre spricht als letzter

Redner **Abg. Mario Wührer/VP** und erklärt: „Die Volkspartei NÖ steht für einen Weg der Vernunft, des Miteinanders und der ökosozialen Verantwortung“. Beim Wort „Renaturierung“ bekämen viele Niederösterreicher*innen „Schnappatmung“ und die ehemalige Ministerin Gewessler habe dazu ihren Beitrag geleistet, denn sie habe eine Politik von oben herab betrieben. Der sozialdemokratische Klub komme nun mit einem Antrag, mit einer „sogenannten Renaturierungsoffensive“. Solche Anträge würden in der realen politischen Praxis viel zu kurz greifen, an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen und die Wirklichkeit vor Ort völlig ausblenden. Daher sei dieser Antrag abzulehnen. Wenn man diese theoretischen Pläne unverändert über „unsere Heimat stülpe“, würde man vor massiven existentiellen Problemen stehen. Allein in NÖ wären 137 Gemeinden von den weitreichenden EU-

Renaturierungsplänen direkt und massiv betroffen. Es würden sich die folgenden Fragen stellen: „Was ist die Weiterentwicklung unserer Betriebe? Was bedeutet das für die persönliche Freiheit der Grundeigentümer?“ und er meint weiter: „Solche Pläne bedeuten im Klartext einen massiven Eingriff in die Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes“. Seine Fraktion werde daher nicht zulassen, dass über die Köpfe der Bürgermeister*innen und Bauern/Bäuerinnen und den Menschen in den Regionen hinweg entschieden werde. Das bedeute, dass Äcker, Felder und Weingärten als „nicht grün“ eingestuft würden, aber Städte wie Wien, Graz und Linz keine Notwendigkeiten hätten, ihre Asphaltwüsten zu entsiegeln. Das gehe an der Realität der Menschen vorbei. Und Abg. Wöhrer bedankt sich beim EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber, der viele Anträge dazu eingebracht habe. Renaturierung werde in NÖ seit Jahrzehnten gelebt. Er könne dazu zehn Projekte aufzählen. (aus der SP-Ecke kommen laute Zurufe, sodass Präsident Wilfing mehrmals klingeln und unterbrechen muss/Anm.#zH) Es gebe 20 Naturparks wo man sehe, wie Renaturierung funktioniere. Am nächsten Tag würde wieder ein Naturpark-Kindergarten in Ybbsitz eröffnet werden. Das sei gelebte Arbeit vor Ort. Man arbeite mit den 573 Gemeinden eng zusammen und würden Lösungen finden, die der Praxis und den Menschen dienen.

Quellen und Bildnachweise

Grundlage dieser Ausgabe

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

▪ Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung

▪ div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-10-22#top2

Quelle öffnen

Nachzulesen:

Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell, 22.10.2026

Quelle öffnen

Nächste Landtagssitzung:

Do., 19. November 2026, 13 Uhr

Leopoldsaal, Haus 1A

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Schluesseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOe_-Landtag.html

Fotos

Titelbild: Aufnahme des Landtagssaals; #zusammenHaltNÖ

daviationphoto / Unsplash · Flugzeug am Gate in Toronto; Symbolbild zur Standortdebatte. Fotoseite

Richard Bell / Unsplash · Landwirtschaftliche Produktion; Symbolbild, keine Aufnahme des ARDO-Werks. Fotoseite

Vitaly Gariev / Unsplash · Ärztliches Gespräch; Symbolbild zur Gesundheitsversorgung. Fotoseite

Michael Förtsch / Unsplash · Photovoltaik und dezentrale Erzeugung; Symbolbild zur Netzdebatte. Fotoseite

Minh Đức / Unsplash · Handwerkliche Arbeit; Symbolbild zur Berufsausbildung. Fotoseite

Ryan Stone / Unsplash · Flusslandschaft in den USA; Symbolbild, kein Renaturierungsprojekt in Niederösterreich. Fotoseite

Die ergänzten Fotos werden unter der Unsplash-Lizenz verwendet und sind redaktionell zugeschnitten. Lizenzbedingungen